

# Metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Bezugspreis monatlich 50 Pf., Einzelnummer 15 Pf.  
 Postscheckkonto der Hauptkassa des DMV, Berlin Nr. 138262  
 Postscheckkonto der Verlagsgesellschaft des DMV, Berlin Nr. 121218

Verantwortlicher Schriftleiter Fritz Kummer, Berlin  
 Schriftleitung und Versandstelle Berlin SW68, Alte Jakobstraße 148  
 Fernsprecher A 7 Dönhoff 6750-6753

Erscheint wöchentlich am Sonnabend  
 Schriftsätze ohne Freilumschlag werden nicht zurückgesandt  
 Eingetragen in der Reichspostzeitungsliste

## „Die letzte große Chance“

Unsere Oberschicht setzt den Kampf für ihr Dasein munter fort, dermaßen munter, daß die Bolschewisten sich getrost schlafen legen könnten. Denn was sie erst in Jahrzehnten und mühselig zu erreichen glauben, das werden unsere jetzigen Oberherren in viel kürzerer Zeit spielend schaffen. Seine Majestät brauchte Jahrzehnte, um die Monarchie auf den Hund zu bringen, unsere Junker, gleich edlen Blutes und gleich vorzüglichen Geistes, dürften das nämliche mit der kapitalistischen Gesellschaft bedeutend schneller und noch gründlicher fertigbringen. Ein Zweifel an dem raschen Gelingen des Ruins unserer derzeitigen Gesellschaft wäre vielleicht noch gestattet gewesen, wenn Brüning noch ihr Sachwalter wäre, aber seitdem dessen erlauchten Auftraggeber höchst eigenfäustig die schwierige Kunst des Regierens üben, ist Thomassche Ungläubigkeit nicht mehr gut am Platze. Sie wird zerstäubt durch die rasch wachsende Zahl von Nägelmalen am Körper des deutschen Volkes.

Die Regierung des Herrn von Papen ist, man kann das nicht anders sagen, mächtig ins Zeug gegangen, um das zu verwirklichen, was sie in ihrem Antrittsprogramm versprochen hat. Sie hat Minister und Verwaltungsbeamte abgesetzt, die im marxistischen oder demokratischen Geruche standen; sie hat, um die „aufbauwilligen Kräfte“, die Nazis nämlich, zu befriedigen, den Reichstag aufgelöst und ihnen das Recht auf ihre schnickschnackige Uniform gewährt; sie hat, wohl um einen Ausgleich der Interessen herzustellen, die sozialen Unterstützungen beträchtlich gekürzt und noch ähnliches mehr vollbracht. Das sind zwar allerhand und nette Sachen für eine christlich-nationale Regierung, aber daß sie dadurch der nationalen Konzentration oder einem andern ihrer hohen Ziele nähergekommen wäre, läßt sich wahrhaftig nicht behaupten, zumal nicht, wenn man die jüngsten Vorgänge auf politischem Felde betrachtet.

Der Reichstag, der am 31. Juli gewählt wurde, ist am 12. September wieder aufgelöst worden. Ein derart kurzes Dasein hat noch keiner gehabt. Just in der Stunde, wo er mit seiner Tätigkeit beginnen wollte, erreichte ihn die Guillotine der Reichsregierung. Über die Frage, ob die Auflösung verfassungsmäßig zu Recht geschah oder nicht, ist ein heftiger Federkrieg zwischen dem nationalsozialistischen Reichspräsidenten und der Regierung entbrannt, ein Streit, der sich auf die Presse und die Fachgelehrtschaft ausgedehnt hat. Wir können diesen Federkrieg übergehen, denn er ist nur für den von Nutzen, der Material für einen deutschen 18. Brumaire sammelt.

Die Arbeiterschaft hat Wichtigeres zu tun, als sich bei einer Sache aufzuhalten, die im Grunde nur eine Komödie ist. Denn was ist es anders, wenn die Nazis sich als Schirmer der Weimarer Verfassung aufspielen, der nämlichen Verfassung, die sie je eher desto lieber zerfetzen möchten. Oder wenn eine Regierung sich als Schützer der Verfassung hinstellt, deren „Abänderung“ sie lieber heute wie morgen vornehmen würde. Und nun gar die Nazis als Hüter der Rechte des Parlaments! Sie töben jetzt wie Petersburger Droschkenkutscher gegen die Regierung, weil sie den Reichstag nach Hause geschickt hat. Solche Spiegelfechterei hat nicht ihresgleichen. Niemand anders als den Nazis ist doch diese Regierung zu verdanken, was ja der Herr Goebbels neuerdings wieder folgendermaßen bestätigt: „Auf unsern breiten Rücken sind die feinen Herren behende in die Amtlichkeit geklettert.“ Jetzt sind sie drin und tun ihr möglichstes, drin zu bleiben, ohne ihre Helfershelfer mit an die Futterkrippe zu lassen. Wenn darob die Nazis Gift und Galle speien, so beweisen sie nur, daß sie nicht begriffen haben, welche Rolle ihnen im großen Spiele der kleinen Oberschicht zugeteilt wurde.

So wäre denn das Reich, in dem bekanntlich alle Macht vom Volke ausgeht, wieder ohne Volksvertretung. Wann sie wieder gewählt wird, ist noch unbestimmt — vielleicht im November, vielleicht gar nicht. Immerhin werden wir eine noch ärgere Verschärfung des politischen Streites sehen. So sehr er sich auch zuspitzen möge, die Arbeiterschaft wird guttun, darüber nicht zu vergessen, daß er nur ein Teil, und nicht einmal ein großer ist von der sich vollziehenden Ungeheuerlichkeit, von der Umwälzung der kapitalistischen Wirtschaft mit ihrem Drum und Dran. Und diese Umwälzung wird vornehmlich dort entschieden, wo sich Kapital und Arbeit unmittelbar gegenüberstehen, dort, wo es um Lohn und Profit geht. Diese Tatsache darf nie aus dem Auge gelassen werden. Vor allem nicht bei den politischen Athleten und Schleimmachern, die sich als christlich oder national aufspielen. Denn die ganze bisherige Geschichte lehrt, daß diese Beiwörter immer dann gewährt werden, wenn die herrschende Klasse einen ganz großen Fischzug machen will. Besonders in solchen Fällen geht es um Lohn und Freiheit der arbeitenden Masse.

Die Wirtschaft muß wieder auf die Beine gebracht werden, wenn die Kapitalistenklasse weiterleben will. Das weiß sie sehr wohl, und das ist der Prüfstein für die Fähigkeit einer jeden ihrer politischen Agenturen. Ob es ihnen aber heute noch möglich sein wird, steht freilich

auf einem andern Blatt. An Eifer hat es bestimmt nicht gefehlt. Die Ergebnisse kennt alle Welt. Die Regierung des Herrn von Papen macht einen neuen Anlauf. Gleich meldet sich wieder eine Masse von Leuten, die schlankweg behaupten, selbst dieser Anlauf führe nur noch weiter in den Sumpf. Der Meinung sind keineswegs bloß die Gewerkschafter. Auch die Hansastädte, die Konsumvereine und der Verein Deutscher Maschinenbau-Anstalten haben Widerspruch gegen die wichtigsten Teile des Wirtschaftsprogramms erhoben. Sie behaupten schlankweg, so wie die Regierung es sich vorstelle, ginge es mit dem Aufbau der Wirtschaft denn doch nicht. Ob an diese Widersacher gedacht wurde, als der Herr Reichskanzler im Rundfunk mahnte: Das deutsche Volk befinde sich an einem geistigen Wendepunkt; das Unternehmertum habe seine letzte große Chance, die es nicht verpassen dürfe, andernfalls die Wirtschaft völlig unter die Macht des Staates geraten. Dies kann man wohl so deuten: Wenn ihr Unternehmer jetzt, wo euch wieder Milliarden gewährt worden sind, nicht ehrlich das Geld verwendet und tüchtig zupackt, dann wird der vermaledeite Marxismus bestimmt an eure Stelle treten!

Nachdrücklicher kann man schwerlich dem deutschen Unternehmertum drohen. Ob aber selbst das Drohen mit dem fürchterlichsten Gespenst, mit dem Marxismus, genügt, um unsere Industriellen in nennenswerter Zahl zu veranlassen, die ihnen gewährten Milliarden nur zum Wohle der Gesamtwirtschaft und nicht etwa für ihre Privattasche zu verwenden? Und selbst wenn sie es täten, käme dann die Wirtschaft wieder auf die Beine?

Beides oder auch nur eines von beiden annehmen zu wollen, setzt überirdische Glaubensstärke voraus. Denn das hieße ja, daß der Geist der Lahusarier plötzlich aus Deutschland verschwände oder daß die nämlichen Leute, deren Unfähigkeit die deutsche Wirtschaft so außergewöhnlich tief in den Dalles gebracht hat, mit einem Male außergewöhnliche Fähigkeiten entwickelten. Allein, die Zeit der Wunder ist vorbei. Es dürfte, wenn nicht alle Erfahrung trügt, diesmal wie immer gehen: schon bevor die neuen Milliardeneschenke ganz verpulvert sind, wird der Schrei nach Staatshilfe noch lauter ertönen — gleichzeitig aber werden die deutschen Unternehmerverbände noch lauter nach freier Wirtschaft schreien, will heißen, nach noch mehr Freiheit zur Leerung der Lohntüte.

Wahnsinniges Spiel wird man sagen. Das ist es in der Tat. Um die Erhaltung dieses Wahnwitzes wird seit Jahren gerungen, wird wieder bei der Reichstagswahl, wird in den nächsten Tagen in jedem Betrieb, bei jeder Lohnverhandlung, vor jedem Schlichtungsausschuß gerungen werden. Bei jedem einzelnen dieser zahllosen Kämpfe geht es darum, ob die Arbeiter noch mehr hungern sollen, nur um eine bankrotte Wirtschaft zu erhalten. Diese unzähligen Kämpfe bilden in ihrer Gesamtsumme den geschichtlichen Kampf um die Beseitigung des scheußlichsten Wahnwitzes, den die Welt je gesehen, um die Beseitigung der kapitalistischen Wirtschaft. Ob dieses segensreiche Werk gelingen werde, konnte lange bezweifelt werden. Aber seit ein paar Jahren, besonders seitdem die Regierung der Barone ihre Kunst so unvergleichlich übt, verringern sich die Zweifel erheblich. Tatsächlich hat das Ausbeutertum jetzt, um mit Herrn von Papen zu sprechen, seine letzte Chance. Wir sehen keinen Grund, das zu bestreiten. Unsere derzeitige Obrigkeit ist eine gute Gewähr dafür. Noch mehr freilich eine kampfbereite Arbeiterschaft.

## Wieviel Geld bringen die Steuerscheine in die Wirtschaft?

Den Unternehmern wird von der Regierung ein Steuergeschenk in Höhe von 1500 Millionen Mark gewährt. Wohl gemerkt nur den Unternehmern; die Massensteuern sollen unvermindert bleiben. Als Trost dafür sollen, nach der Ankündigung der Regierung, jene 1500 Millionen Mark, die an Steuern nachgelassen werden, in die Wirtschaft fließen und zu deren Belebung beitragen. Wie ist es nun um diese Behauptung bestellt? Bekanntlich wird das Steuergeschenk in der Weise gewährt, daß die Steuerpflichtigen bei Entrichtung bestimmter Steuerscheine erhalten, mit welchen sie in den Jahren 1934 bis 1938 Steuern zahlen können, da die Scheine von den Steuerkassen als Geld in Zahlung genommen werden. Wieviel Geld aber dank des Steuernachlasses in die Wirtschaft fließen wird, hängt davon ab, was mit den Steuerscheinen, die die Steuerpflichtigen erhalten sollen, geschehen wird. Die Steuerscheine werden nur allmählich ausgegeben, darunter alle Scheine auf Beträge unter 50 M erst nach dem 30. September 1933. Zunächst werden also nur die größeren Unternehmungen Steuerscheine erhalten. Der Sachverständige für Finanzpolitik, Dr. Stolper (im Deutschen Volkswirt), nimmt an, daß etwa zwei Fünftel der Steuernachlässe auf die kleineren Unternehmungen entfallen, so daß von jenen 1500 Millionen Mark zunächst 600 Millionen M abzusetzen sind. Daher kommen vorerst nur 900 Millionen Mark an Steuerscheinen in Frage. Davon wird ein Teil, vielleicht 100 bis 200 Millionen Mark oder mehr, in den Kassen jener Unternehmungen bleiben, die die Steuerscheine nicht veräußern oder belehnen, da ihre Finanzlage das Losschlagen der Steuerscheine nicht erfordert. Statt

sie billig zu verkaufen oder auf deren Grundlage teurer und für sie überflüssigen Kredit aufzunehmen, werden solche Unternehmungen die Steuerscheine lieber aufbewahren, um mit ihnen später Steuern zu zahlen. Diese Steuerscheine sind dann matts gesetzt, sie kommen für die Erweiterung der Kreditbasis nicht in Frage.

Bleiben 700 bis 800 Millionen Mark Steuerscheine, die möglicherweise veräußert oder belehnt werden. Zu welchem Preis aber die Veräußerung erfolgt oder in welchem Umfang die Steuerscheine belehnt werden, hängt vom Börsenkurs der Steuerscheine ab. Stolper meint, daß diese Steuerscheine einen Kurs von etwa 70 vH haben würden, wodurch der Belehnungswert der Steuerscheine auf 500 bis 550 Millionen Mark sinkt. Nimmt man an, daß die Banken zu einer durchschnittlichen Belehnung von 60 vH dieses Wertes bereit sind, so ergibt sich daraus die Möglichkeit der Kreditgewährung in Höhe von 300 bis 350 Millionen Mark. Bei dieser Rechnung müßte auch berücksichtigt werden, daß mit den Steuerscheinen vielfach auch Bankkredite zurückgezahlt werden, was zwar die Liquidität der Banken erhöht, die in der Wirtschaft umlaufende Kreditmenge jedoch nicht zu erhöhen braucht.

In diesem Lichte gesehen, steht einem Steuergeschenk von 1500 Millionen Mark an die Unternehmer, die in den kommenden Jahren der Staatskasse große Schwierigkeiten bereiten kann, nur der verhältnismäßig geringfügige Betrag von vielleicht 300 Millionen Mark gegenüber, um den die Steuerscheine die zur Ankurbelung der Wirtschaft erforderlichen Zahlungsmittel-mengen zu erhöhen vermögen.

## Wirtschaftsbesserung in der Einbildung

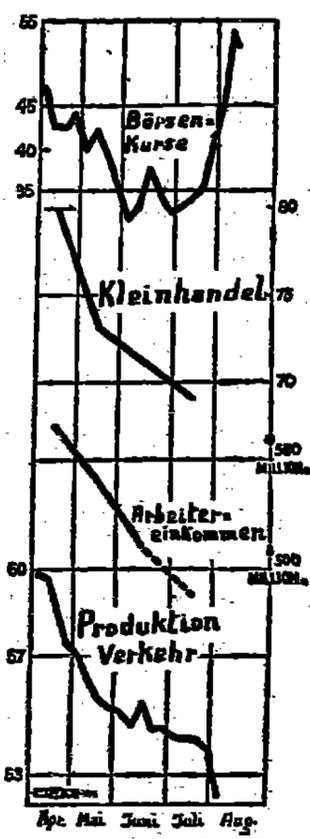
F. K. Die kapitalistische Welt sieht den wirtschaftlichen Himmel wieder voller Balzgeigen. Der Sauerstoff zu diesem Hochgefühl ist von der Wall Street gekommen. Dort, an der New Yorker Börse, sind die unerhört tief gesunkenen Wertpapiere vom vorletzten Junitag bis zur Augustmitte um 63 Punkte hochgeschwollen. Außerdem sind die Preise für einige Rohstoffe, wie Gummi, Baumwolle, Kupfer, Häute und ein paar andere, gestiegen. Dem Hochgang der Effektenkurse in Neujork ist ein wenn auch geringerer Hochgang in London, Paris und Berlin gefolgt. In Berlin wie in London ist allerdings schon wieder ein Rückschlag eingetreten. Das aber scheint dem Optimismus keinen Eintrag zu tun. Die große Presse zu beiden Seiten des Ozeans schreibt nach wie vor von einer Wirtschaftswende. Auch die gelehrten Herren wirtschaftlicher Forschungsstellen kommen nach vielem Wenn und Aber zu dem Schluß, daß nun aber der Tiefpunkt der Wirtschaftskrise als überschritten zu betrachten sei. Und die derzeitige deutsche Regierung hat gar schon durch Notverordnung 1½ Milliarden Mark als Vorschuß auf die (vermeintlich) kommende Wirtschaftsblüte vorgesehen, „um die schlummernden Kräfte der Privatindustrie zu wecken“.

Den Ausgangspunkt oder die Grundlage der Behauptungen von dem Beginn einer neuen Prosperität bildet die Kurswelle auf den amerikanischen Geldmarkt, aber gerade diese kann nicht als echter Beweis für den Beginn einer Besserung der Weltwirtschaft angesehen werden. Und das aus einfachen Gründen:

Die Kurswelle ist entfacht und hochgetragen worden durch einen außergewöhnlichen Zustrom von öffentlichen Mitteln. Sie wurden von der Regierung und dem Parlament bewilligt, um Banken und Unternehmen vor dem Zusammenbruch zu retten und gleichzeitig für eine gute Stimmung zu den politischen Wahlen zu sorgen. Der amerikanischen Kapitalistenklasse muß alles daran gelegen sein, daß die Wahlen, die im November stattfinden, keine Änderung des politischen Systems und seiner Trägerschaft bringen. Denn überall in dem weiten Lande, in den Getreidegebieten wie in den Industriebezirken, gärt es bedenklich. Die rebellierenden Kriegsveteranen konnte man noch mit Tanks und Gasbomben aus Washington vertreiben; die Hungermärsche der Arbeitslosen vermochte die Polizei mit Ach und Krach auseinanderzujagen, und es gelang schließlich auch, die heftig drohenden Farmer mit neuen Versprechungen still zu machen. Wenn das auch weiterhin gelingen soll, dann muß die Staatsgewalt, wie jetzt, in unbedingt sicheren Händen bleiben. Und dafür soll durch „gute Wahlen“ gesorgt werden. Dies aber heischt Geld, gute Stimmung und sogenannte Silberstreifen am Wirtschaftshimmel.

Das Parlament hat daher der Reconstruction Finanz Corporation beträchtliche Summen bewilligt, die sich alles in allem auf 3800 Millionen Dollars belaufen. Diese Corporation, im Januar 1932 geschaffen, ist die Arche Noah für brüchige Banken und Unternehmen. Ihre Befugnis wurde dann auf die Finanzierung von Arbeits-

beschaffung und auf die Unterstützung von Hilfsbedürftigen ausgedehnt. Es versteht sich, daß da, wo so viel Dollarmillionen unter die Leute zu bringen sind, sich Raben sammeln. Ein Rattenschwanz von Gesellschaften hat sich gebildet, die Pläne machen, die die Übernahme des riesigen Überflusses an Weizen und Baumwolle und den Ankauf von Rohstoffen für die Fertigungsindustrie finanzieren wollen oder die Kredite für alles mögliche besorgen zu können vorgeben, kurz, die sich bemühen, der genannten Corporation zu helfen, ihr Geld loszuwerden, angeblich um den wirtschaftlichen Dalles zu beseitigen. Wenn dermaßen viel Geld zum Vergeben bereit liegt und damit höllische Reklame gemacht wird, kann es nicht wundernehmen, daß die gedrückte Stimmung schließlich weicht und unzählige Kleinkapitalisten ihre Strümpfe und Sparkonten leeren, um schnell noch von den fabelhaft billigen Wertpapieren zu kaufen. Zu gleichem Zwecke werden beträchtliche Teile der Millionen Dollars verwendet, die über die Banken zur Verfügung der Anleger kommen.



Außer dieser Spekulationswelle ist aber nichts Ernstliches zu sehen, was für den Beginn einer neuen Konjunktur spricht. Die wirtschaftliche Wirklichkeit spricht für das Gegenteil. Die Steigerung der Börsenkurse ist von keiner Steigerung der industriellen Tätigkeit begleitet. In der Zeit, wo die Wertpapiere ihren größten Hochsprung seit 1929 machten, also vom 29. Juni bis Mitte August, sind Kleinhandel, Arbeitereinkommen, industrielle Produktion und Warenverkehr weiter zurückgegangen. So beispielsweise die Stahlproduktion um 15 vH, der Kleinhandel um 3 vH, die Automobilherstellung um 51 vH und der Wohnungsbau um 38 vH. Außerdem ist die Arbeitslosigkeit noch schlimmer geworden. Der „Survey of Business“ des Amerikanischen Gewerkschaftsbundes, dem wir diese Zahlen entnehmen, fügt hinzu:

„Die Belebung der Wirtschaft kann nicht von der Spitze her erfolgen. Solange nicht die Produktion zunimmt und die Arbeiter Beschäftigung haben und deren Kaufkraft Anträge von den Läden zu den Fabriken und von da zu den Farmen- und Bergwerken bringt und den Bahnverkehr hebt, solange werden wir keine reale Grundlage für die Belebung der Wirtschaft haben. Die Kaufkraft der Arbeiter, basierend auf Beschäftigung und Verdienst, ist die wirkliche Grundlage. Der Fortschritt war bis jetzt nur bei den Preisen (der Wertpapiere und Rohstoffe). Aber Preise können sich nicht halten, wenn die Nachfrage nach Waren nicht zunimmt. Und diese hängt ab von der Kaufkraft.“

Während dies- und jenseits des Ozeans in einem fort von einer Wirtschaftswende in Amerika geredet wird, gehen die Arbeiterentlassungen weiter und wagt kein Fabrikant, mehr zu erzeugen, als der Markt unbedingt fordert. Im Juni wurde die Zahl der Arbeitslosen auf 11 023 000 angegeben; hierzu sind im Juli noch mehrere Hunderttausend gekommen. Mit den Darlehen der Reconstruction Finanz Corporation sind wohl Banken und Industriegesellschaften gerettet worden, aber noch kein Mann in Arbeit gebracht worden. Der Kredit ist zwar sehr billig geworden, aber es fehlt wegen Mangels an gewinnbringender Verwendung die Nachfrage.

Eine Milderung der industriellen Flaute ist natürlich durch einen erhöhten Aufwand von öffentlichen Mitteln für Arbeitsbeschaffung und Arbeitslosenunterstützung wohl zu bewerkstelligen. Ob es jedoch dazu in einem wirksamen Ausmaße kommt, bleibt abzuwarten. Vorderhand ist jedenfalls in Amerika von einer Wirtschaftswende nichts zu spüren. Sie besteht nur in der Eubildung oder in Zeitungüberschriften. Nach einer realen Grundlage aber sucht man zur Stunde in allen amerikanischen und anderen Geschäftsgassen leider ganz vergeblich.

### Robstoffpreise auf dem Stand von 1800

Manche Produkte stehen derartig tief im Preis, daß man um mehr als 100 Jahre zurückgehen muß, um einen ähnlichen Stand festzustellen. Die gegenwärtigen Preise für Rindschänte sind so niedrig, wie sie seit 1850 nicht mehr gewesen sind. Außer dem konjunkturellen Tiefstand wirkt hier die Ausdehnung der Milch-wirtschaft etc. Für Kaffeebohnen wird derartig wenig bezahlt, daß man bis 1800 zurückgehen muß, um einen ähnlichen Preis zu ermitteln. Im Jahre 1894, also vor 40 Jahren, lagen die Preise für Kaffeebohnen um 160 vH über den heutigen. Insgesamt genommen wurde in der Vorkriegszeit selten ein solcher Tiefstand der Preise erreicht. Das gilt nicht für alle Rohstoffe. Die kartellpolitisch gebundenen Rohstoffpreise bewegen sich auch heute noch auf einer ziemlich hohen Höhe. Die Steinkohlpreise im Juli 1932 betragen (1913=100) 115, Mauersteine 137, Zement 126, Kalk 127 und Stabstahl 101. Während also die freien Preise einen Tiefstand erreicht haben wie nie zuvor, halten sich die gebundenen Preise auf einer teilweise vollständig unberechtigten Höhe.

### Wie die Kaufkraftverminderung sich auswirkt

Im Monat Juli sind die Umsätze der Waren- und Kaufhäuser in Deutschland gegenüber dem Vorjahre um 24 vH zurückgegangen. Diese Ziffer zeigt wie keine andere, wie der Rückgang der Kaufkraft sich ausgewirkt hat. Rückgängig war der Umsatz in allen Warengruppen. Selbst lebenswichtige Güter, wie Nahrungsmittel usw., litten von einem scharfen Umsatzrückgang nicht verschont. Wenn Löhne und Gehälter fortgesetzt sinken, die Arbeitslosigkeit immer größer wird und die

# Verordnung zur Durchführung und Ergänzung

der Verordnung zur Vermehrung und Erhaltung der Arbeitsgelegenheit vom 5. September 1932

Auf Grund der Verordnung zur Vermehrung und Erhaltung der Arbeitsgelegenheit vom 5. September 1932 (Reichsgesetzblatt I, Seite 433), § 13 Absatz 2, wird verordnet:

#### § 1

Als „Betriebsabteilungen“ gelten nur selbständige Betriebsstelle im Sinne der Verordnung über Betriebsstillegungen und Arbeitsstreckung vom 15. Oktober 1923 (Reichsgesetzblatt I, Seite 983).

#### § 2

(1) Bei der Bemessung des Umfangs der Vermehrung der Arbeiter oder Angestellten sind hinsichtlich der Bemessungsgrundlage wie hinsichtlich des jeweiligen Arbeitnehmerstandes auch solche Arbeitnehmer mitzuzählen, die auf Grund eines planmäßigen Austausches (Krümpersystem) zeitweise die Arbeit aussetzen.

(2) Nicht mitzuzählen sind:

- a) der Ehegatte des Arbeitgebers sowie Personen, die mit dem Arbeitgeber im ersten oder zweiten Grade verwandt oder verschwägert sind;
- b) Hausgewerbetreibende einschließlich der Heimarbeiter;
- c) Arbeitnehmer, deren Beschäftigung unständig im Sinne der Reichsversicherungsordnung, § 441, ist;
- d) Arbeitnehmer, die ausschließlich oder überwiegend auf Provision, Bedienungsgeld oder ähnliche Bezüge angewiesen sind, wenn ihnen nicht ein dem Absatz 2 b entsprechender Betrag als Mindestverdienst zugesichert ist;
- e) Angestellte, deren Jahresarbeitsverdienst 8400 M übersteigt;
- f) Lehrlinge und Volontäre.

(3) Außerdem sind von den nach dem 5. September 1932 neu eingestellten Arbeitnehmern nicht mitzuzählen:

- a) Arbeiter oder Angestellte, die nicht mindestens vierzig Stunden in der Woche oder, falls die Arbeiter- oder Angestelltenschaft des Betriebes oder der Betriebsabteilung im Durchschnitt kürzer arbeitet, nicht mindestens während dieser Durchschnittsdauer beschäftigt werden;
- b) Arbeitnehmer, deren Lohn oder Gehalt nicht einem für gleichartige Arbeit im Betriebe geltenden Tarifsatz entspricht oder, mangels eines solchen Tarifsatzes, nicht mindestens dem Ortslohne (Reichsversicherungsordnung § 149) gleichkommt; als Tarifsätze im Sinne dieser Vorschrift gelten die im Tarifvertrage vorgesehenen Sätze unter Abzug der in der Verordnung vom 5. September 1932 oder in anderen gesetzlichen Vorschriften zugelassenen Unterschreitungen.

#### § 3

Im Falle des Krümpersystems (§ 2, Abs. 1) ist die wöchentliche Arbeitszeit der Arbeiter oder Angestellten nach ihrer durchschnittlichen Arbeitszeit unter Einrechnung der Zeit des Aussetzens zu berechnen. Eine durchschnittliche Berechnung der wöchentlichen Arbeitszeit findet auch dann statt, wenn in einem Betriebe oder in einer Betriebsabteilung die Arbeit derart gestreckt wird, daß planmäßig auf die einzelnen Wochen eine verschiedene Zahl von Arbeitsstunden entfällt.

#### § 4

Grundlage für die Bemessung der Erhöhung der Arbeiter- oder Angestelltenschaft (Verordnung vom 5. September 1932, § 1, Abs. 1 und 3) ist die Zahl der am 15. August oder im Durchschnitt der Monate Juni, Juli und August 1932 beschäftigten Arbeiter oder Angestellten. Hat die Arbeiterschaft oder hat die Angestelltenschaft eines Betriebes oder einer Betriebsabteilung während der Monate Juni, Juli und August 1932 im Gesamtdurchschnitt mehr als vierzig Stunden wöchentlich gearbeitet, so ist im Falle einer Verringerung der Arbeitszeit von einer erhöhten Bemessungsgrundlage auszugehen. Die Erhöhung berechnet sich nach dem Verhältnis der eingetretenen Verringerung der Wochenarbeitsstunden zur Zahl der jeweiligen Wochenarbeitsstunden. Dabei bleibt ein Herabgehen unter vierzig Wochenarbeitsstunden außer Betracht.

#### § 5

(1) Hat die Arbeiterschaft oder hat die Angestelltenschaft eines Betriebes oder einer Betriebsabteilung während der Monate Juni, Juli und August 1932 im Gesamtdurchschnitt nicht mehr als sechsunddreißig Stunden wöchentlich gearbeitet, so ist der Arbeitgeber berechtigt, bei der Bemessung des Umfangs der Vermehrung der Arbeiter oder Angestellten die Zahl der tatsächlich neu eingestellten Arbeiter oder Angestellten um ein Drittel erhöht anzurechnen.

(2) Er darf die Zahl der neu eingestellten Arbeiter oder Angestellten um zwei Drittel erhöht anrechnen, wenn die Arbeiter- oder Angestelltenschaft während der Monate Juni, Juli und August 1932 im Gesamtdurchschnitt nicht mehr als dreißig Stunden wöchentlich, er darf die Zahl doppelt anrechnen, wenn sie nicht mehr als vierundzwanzig Stunden wöchentlich gearbeitet hat.

Unterstützungssätze vermindert werden, dann ist dies eine systematische Kaufkraftverminderung, die sich in einem Rückgang der Einzelhandelsumsätze bemerkbar machen muß. Dadurch wird die gesamte Volkswirtschaft gelähmt und die Krise verschärft.



#### § 6

(1) Übersteigt der Lohn- oder Gehaltsatz eines Arbeitnehmers den zuständigen tarifvertraglichen Satz, so ist die zulässige Unterschreitung von demjenigen Teilbetrage zu berechnen, der dem tarifvertraglichen Satz entspricht.

(2) Sachbezüge, Aufwandsentschädigungen, Familienzuschläge und ähnliche Vergütungen sind nicht als Lohn- oder Gehaltsätze anzurechnen.

#### § 7

Als „Wochenarbeitsstunden“ gelten auch die an Sonn- und Feiertagen geleisteten Arbeitsstunden.

#### § 8

Für den Wert von Sachbezügen sind, soweit nicht ein Tarifvertrag etwas anderes vorschreibt, die Festsetzungen der Versicherungsbehörden nach der Reichsversicherungsordnung, § 160, Absatz 2, maßgebend.

#### § 9

Die Verordnung tritt am 15. September 1932 in Kraft.

Berlin, den 14. September 1932.

Der Reichsarbeitsminister.

Zur vorliegenden Ausführungsverordnung ist folgendes zu beachten:

§ 1: Als Betriebsabteilung gelten danach nur wirklich selbständige, auf einen eigenen Betriebszweck gerichtete Betriebsstelle im Sinne der Stillegungsverordnung. Wir werden die Judikatur zu diesem Teile der Stillegungsverordnung schnellstens veröffentlichen.

§ 2: Es wird auch das Krümpersystem eingeschaltet (siehe hierzu auch § 3). In Absatz 2 und 3 werden die Personengruppen aufgezählt, die bei der Bemessung des Umfangs der Arbeitervermehrung nicht mitzählen. Dabei zählen die unter Absatz 2 aufgezählten Gruppen weder bei der Bemessung der Grundzahl (also der Zahl, von der aus die prozentuale Erhöhung der Belegschaftszahl gerechnet wird), noch bei der Bemessung der Mehreinstellungszahl mit. Die unter Absatz 3 aufgeführten Personengruppen zählen nur bei letzterem. Dabei ist zu beachten, daß nur geringfügig beschäftigte Mehreinstellte nicht rechnen; sie müssen mindestens 40 Stunden in der Woche arbeiten oder die Durchschnittsarbeitszeit des Betriebes erreichen. Außerdem müssen die Mehreinstellten mindestens den Tariflohn, oder — mangels eines solchen — den Ortslohn erhalten.

§ 4 bringt eine neue Bestimmung, die verhindern soll, daß die Lohnkürzung übermäßig stark wird, wenn der Arbeitgeber die bisherige Arbeitszeit von über 40 Stunden verkürzt und durch die dadurch mögliche Mehreinstellung zugleich Kürzung des Tariflohnsatzes vornehmen kann. Verkürzt er die Arbeitszeit bis auf 40 Stunden, so erhöht sich die Grundziffer prozentual. Beispiel: Ein Betrieb mit 200 Arbeitern arbeitet bisher 48 Stunden; er verkürzt die Arbeitszeit auf 40 Stunden, das heißt um ein Sechstel. Die Grundzahl der Beschäftigten erhöht sich damit gleichfalls um ein Sechstel, das heißt von 200 auf 233. Es darf eine Kürzung der Tariflohnsätze damit erst eintreten, wenn er mindestens 5 vH von 233 bisherigen Arbeitnehmern mehr eingestellt hat.

§ 5: Die Bestimmung des § 5 verändert die Berechnungsgrundlage in den Fällen, wo (im Gegensatz zu § 4) der Betrieb bisher weniger als 40 Stunden arbeitete. Arbeitete der Betrieb im Gesamtdurchschnitt bisher 36 Stunden, so erhöht sich bei der Bemessung des Umfangs der Vermehrung der Arbeiter die Zahl der tatsächlich Neueingestellten um ein Drittel, betrug die durchschnittliche Arbeitszeit nicht mehr als 30 Stunden, um zwei Drittel, und, wenn der Gesamtdurchschnitt nicht mehr als 24 Stunden betrug, um drei Drittel, verdoppelt sich also. Beispiel: Ein Betrieb, der nur 36 Stunden gearbeitet hat, stellt 30 Arbeiter neu ein. Für die Berechnung des prozentualen Verhältnisses dieser Mehreinstellung zu seiner früheren Belegschaft rechnen diese 30 Neueinstellungen gleich 40 Neueinstellungen, bei bisher nur 30stündiger Arbeitszeit gleich 50 Mehreinstellungen und bei nur bisher 24stündiger Arbeitszeit gleich 60 Mehreinstellungen.

§ 6 stellt noch einmal klar, daß der Abzug nur vom tarifvertraglichen Lohnsatz ausgehen kann, also den übervertraglichen Lohnanteil, Sachbezüge usw. unberührt läßt.

§ 7 stellt fest, daß auch die an Sonn- und Feiertagen geleisteten Arbeitsstunden im Sinne der Verordnung als „Wochenarbeitsstunden“ gelten. Es soll damit vermieden werden, daß der Gesetzestext etwa strittig werden läßt, ob in dem Fall, wo die 31. bis 40. Arbeitsstunde auf einen Sonn- oder Feiertag fällt, der Lohnabzug zulässig ist oder nicht.

§ 8 regelt den Wert von Sachbezügen; dies kommt vor allem in Frage für die landwirtschaftlichen Arbeitnehmer.

Diese Ausführungsverordnung erweitert die eigentliche Verordnung nicht unwesentlich. Die Regierung leitet ein Recht hierzu daraus her, daß ihr die Notverordnung vom 5. September 1932 das Recht gibt, auch Rechtsverordnungen zur „Ergänzung“ der Notverordnung zu erlassen.

### Hat die Arbeitslosigkeit abgenommen?

Für die zweite Hälfte des August wird von der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung ein Rückgang der Arbeitslosen um 158 000 angegeben. Da könnte jemand auf den Gedanken kommen, zu behaupten, daß sich die Wirtschaftslage bereits jetzt zu bessern beginne. Nichts falscher als dies. Da bereits bei 6 Wochen Arbeitslosigkeit die Hilfsbedürftigkeit geprüft wird und eine Bedürftigkeit bei den scharfen Bestimmungen besonders in ländlichen Gegenden nicht anerkannt wird, scheiden immer mehr Arbeitssuchende aus der Statistik aus. Die Reichsanstalt gibt zu, daß der gemeldete Rückgang der Arbeitslosenzahlen zum Teil hierauf zurückzuführen ist, aber eine gewisse Entlastung des Arbeitsmarktes wäre durch einige saisonmäßige Momente eingetreten. Soweit dies der Fall ist, ist es auf die besonders günstige Witterung, die Vorverlegung der Hackfrüchterente und anderes zurückzuführen. Im Bergbau, in der Eisenindustrie, beim Maschinenbau, dem Holzgewerbe, dem Baugewerbe usw. ist eine Erhöhung der Beschäftigung nicht festzustellen. Lediglich ist zu vermerken, daß die Zahl der Notstandsarbeiter der wertschaffenden Arbeitslosenfürsorge erheblich, und zwar auf 65 000 gestiegen ist. Das Arbeitsbeschaffungsprogramm wird sich, soweit es die Vergebung öffentlicher Arbeiten betrifft, einmal bemerkbar machen. Es ist aber weder jetzt eine Besserung des Arbeitsmarktes zu bemerken, noch wird sich diese in kürzester Zeit einstellen. Wie sich die Arbeitsbeschaffungsprämie und andere Dinge des Programms der Papen-Regierung auf dem Arbeitsmarkt auswirken werden, steht noch dahin.

# Stahlbad Anno 17

Kriegsroman von Peter Riss

Copyright 1939 by Fackelreiter-Verlag GmbH, Hamburg-Bergedorf

Und wie wir so den letzten Stunden entgegenstarren, springt plötzlich Gütler auf und ruft: „Verfluchter Mist! Wenn wir zur schon raus wären aus dem Loch! Hier kriegt man ja keine Luft mehr!“

„Rrrrrrrrauss — treten!“

Es ist als wenn ein Vorhang zerreißt.

Wir springen hoch und stürzen zu unseren Gewehren und Tornistern. Die Kaserne ist ein stampfender und dröhnender Block, die Kompanie ein Riesenleib, der sich unter schweren Schlägen aufbaut. — Endlich ist die Spannung gelöst: wir wissen, daß uns nur noch Minuten von dem Abschied aus diesem Hungerhause trennen. Der Magdeburger steht mitten unter uns in der Stube. Er ist schon feldmarschmäßig, seine verbogene Nase glüht auf unter der Last des Tornisters, die ihm das Blut in den Kopf treibt. Die Narbe an seinem Munde, die Narbe, die von Kilbs Schlag in Döberitz herrührt, schwillt an. Er treibt uns an: „Los! Los! Wenn man das sieht, wie die Kerle sich bewegen! Na, draußen werden euch die schweren Brocken schon Beine machen!“ Er lacht dröhnend auf.

Das Lederzeug knirscht die Reihen entlang. Auf dem Flur hallen die Schritte der eisenbeschlagenen Stiefel wider. Dumpf schlagen die Gewehrkolben auf den Fußboden, Spaten klappern, und über allem braut der Dunst von Stiefelfett und Leder.

„Abzähl'n!“

„Eins zwei drei vier... eins zwei drei vier!“ Die Stimmen sind wie sonst, und doch anders. Ein fremder Ton liegt darin.

Wir rasseln und poltern die Treppen hinunter, wir stoßen gegeneinander, denn breit und unförmig hocken die Affen auf unseren Rücken.

Auf dem Hof baut sich die graue Masse auf, wälzt sich hin und her, zieht sich zusammen und wieder auseinander — bis sie wie eingerammt steht.

Die Erkennungsmarken und Soldbücher werden verteilt. Auf der Erkennungsmarke steht eine Zahl, im Soldbuch ist zu lesen, daß wir abgemessen, ausgebildet, abgewogen und verpflegt sind. Es sind auch Spalten für die Lohnung drin; aber sie sind spärlich ausgefüllt... Pfennigbeträge...

Wir müssen die „Hundemarken“ umbinden mit dem Gefühl, daß es unsere Totenmarken sind.

Es ist keine Zeit für Sentimentalitäten, wir haben mit unserem Tod zu rechnen, damit basta! Und wer es nicht glaubt, wer es nicht glauben will, weil doch das junge Blut nach Leben schreit: er möge nur die kalte, kleine Totenmarke auf seiner Brust fühlen, die lügt nicht...

Ich blicke die Reihe entlang: unsere Gesichter sind alt und fremd und ernst. — Einer aber lächelt: der Schinder.

Er steht vor uns und hält den letzten Appell ab. Sein Grinsen ist eingefroren, noch nie sah ich seine Augen so grausam aufleuchten wie heute, als er an jeden einzelnen herantritt und ihn ansieht, frech und herausfordernd. Na, du Bengel, scheinen seine Augen zu fragen, bis du mir nicht dankbar, daß ich dich soweit gebracht habe? Daß du hier stehen darfst, ein Grenadier Seiner Majestät des Kaisers? Daß ich dich entfremdet habe von deiner Jugend, deinen Hoffnungen, deiner Mutter...? Wahrhaftig, es ist mir nicht leicht gemacht worden, ihr undankbaren Bengels! — Komm, fall' mir mal um den Hals und bedanke dich gefälligst, daß ich mich überhaupt mit dir abgeben habe, du Lausejunge! Ich! Der Gott der Kompanie! Ich, der treue Diener meines Kaisers, der mich auf diesen Posten gestellt hat!...

Er zupft an unseren Koppeln herum, er sieht durch die Gewehrläufe, er läßt uns die Füße heben wie Pferde, die eben beschlagen wurden. Er umkreist und umschleicht uns wie seit dem Tage, da wir ihn zum erstenmal mit Grauen sahen und hörten. Er strömt seinen brutalen Atem gegen uns aus, und alles in uns zieht sich zusammen in Abwehr und Ekel. Wie sagte er damals noch? „Zuschütten müßte man euch, ihr Schweinehundel!“ — „Ja, es ist ihm gelungen bei den meisten: er hat ihre Seelen, ihren Menschen zugeschüttet. Er hat sie zu „Soldaten“ gemacht — Gehorsam und gefügig sind wir nun zum letzten Male vor ihm angetreten und warten, daß er uns in das Schlachthaus treibt.

Er tritt an die Mauer zurück, legt theatralisch die Hand an den Degenriff:

„Kompa — niiiie... schillgeschann! Das Gewehr — üba — In Gruppeln — rrrrechtss — schwenkt marrrsch!“

Die eisernen Torflügel kreschen auf wie in wildem Schmerz. Dumpf dröhnt der Marschtritt... trumm trumm trumm trumm trumm trumm... Niemand sieht sich mehr um — wir haben ja auch längst diese Stätte verlassen, es sind nur noch unsere Körper, die sich vorwärtsschieben.

Draußen aber wird die Straße lebendig.

Kilb hat seinen Helm tief über die Augen gezogen. Ich weiß, es nützt nichts mehr, wenn ich ihn anspreche. Er ist der dritte Sohn einer Mutter, der Dritte, der in die Schlacht marschiert... Und ob er wiederkommt — das bestimmen die Granaten.

— Auf einmal erkenne ich Paulas Stimme, und ich löse mich aus meiner Starre. Sie kommt aus der Menge, und jetzt sehe ich die junge Frau zu Adamczik rennen, die Mutter des Kleinen hinter sich herziehend. Die Mutter weint... einen Augenblick sieht sie mich an... ich bin ganz verwirrt davon:

... meine Mutter... Langers Mutter... Hermann Lorenz' Mutter... alle Mütter armer, namenloser Soldaten sind sich gleich... in diesem Augenblick sehen sie uns alle gleich an. Ihr blasses, eingefallenes Gesicht hat rote Streifen vom Weinen. Sie geht gebückt zu ihrem Kinde, als mache ihr der letzte Weg zu ihrem Jungen Schmerzen — eine Hand hat sie auf das Herz gepreßt, in der anderen trägt sie ein kleines Paket. Dann blicke ich mich um: Adamczik hat seine Mutter und Paula eingehakt. Er ist der einzige unter uns, der eine Frau hat — eine Frau und ein Kind. Aber das Kind sieht den Vater noch nicht. Wenn es zum ersten Male die Augen öffnen wird, dann wollte ich, daß sein Vater bei ihm ist.

Ja, das Abschiednehmen ist schwer, die Minuten werden zu Stunden... Wenn wir doch erst in den Viehwagen wären... Und plötzlich sind Blumen da. Hände strecken sich uns entgegen. Ich bin verwirrt, ich weiß nicht, wohin ich blicken soll.

Und immer muß ich an Adamczik denken, der hinter mir marschiert. Ich blicke mich wieder um. Er ist schneeweiß im Gesicht, rot, blutrot heben sich die Blumen davon ab. Er sagt nichts, nur ab und zu streichelt er mit der freien Hand die tränüberströmten Gesichter seiner Mutter und seiner Frau. Ach — sein Kind wird einst viel weinen. Man wird ihm erzählen, wie sein Vater in den Krieg zog, achtzehnjährig... mit Blumen am Gewehr.

Und wie ich beginne, aus dem Gesumme der Stimmen einzelne Worte zu unterscheiden, wie ich höre, daß Adamczik spricht, heiser vor Aufregung, abgahckt: „Na — nu hab — dir man nich so, Paula; det — det kann doch — nich mehr lange dauern... ick schreib dir ooch jeden Tag...“

Rasselnd und kreischend setzen die Trommeln und Pfeifen ein... die Locke ertönt... und dann schmettern und brüllen die Blechinstrumente los: Muß i denn, muß i denn zu um Städtele hinaus... Städtele hinaus... u-und du mein Schatz bleibst hier... wenn i komm, wenn i komm, wenn i wieder wieder komm, wieder wieder komm... kehr i ein mein Schatz bei dir... Ei, das ist ja ein gar lustiges Lied. Kameraden, hört mal... scheint also gar nicht so schlimm zu sein mit dem

Krieg... das ist doch ein Lied, wie wir es immer gerne gesungen haben... früher auf unseren Wanderungen... Ich lache bitter auf... ich presse die Zähne zusammen; aber vorne spielen sie lustig weiter... lustig Brüder, lustig... ist doch eine fröhliche Angelegenheit, in den Krieg zu ziehen...

— „Ach diese jungen, jungen Menschen, das sind ja alles noch die halben Kinder“, höre ich eine Stimme aus der Kette heraus... sie schneidet mitten durch mich hindurch...

Und wie ich, losgelöst auf Sekunden von unserem furchtbaren Schicksal, meine Sehnsucht schweben lasse, da fühle ich etwas Weiches und Warmes in meiner linken Hand. Ich blicke nieder: da sehe ich in ein liebliches Kindergesicht, in das Antlitz eines kleinen Mädchens. Es mag fünf Jahre alt sein. Unbefangen, lächelnd schaut es zu mir herauf, zeigt seine Grübchen in den Wangen. Blonde Wuschelhaare umrahmen das Köpfchen. Und es drängt seine Händchen zwischen meine Finger und läßt sie nicht mehr los, trippelt eifrig neben mir her, plaudert und plaudert, und was es spricht, das höre ich kaum. Ich lausche nur der Stimme, die mir so unendlich wohl tut; denn wie lange ist es her, daß ich eine Kinderstimme hörte, eine Stimme, die mich nicht anschrte und anbrüllte... Die Stimme klingt mir wie Musik... und ich weiß nicht, wie es kommt: ich muß plötzlich an meinen erschossenen Kameraden Hermann Lorenz denken unter den Sternen von Döberitz...

Wie eine silberne Klinge schwingt das Stimmchen zu mir herauf. Und im linken Arm hält das Kind eine Puppe — und es erzählt mir von seiner Puppe: sie sei immer so sehr artig... Ach ja... und ihr Papi sei auch im Krieg... ja, und er habe auch Läuse... Das letztere sagt sie mit einem Unterton von Stolz — ich blicke nieder und sehe, wie das Kind fröhlich dabei lächelt... ach, du liebes Kind: was weißt du von dieser schrecklichen Zeit, da man uns in die Schützengräben schickt... es lächelt weiter und streichelt seine Puppe dabei und erzählt und erzählt, klingend und mit lachendem Kindermund... und morgen bekomme Mutti Rippen von der Freibank — und dann könne Mutti sich mal wieder satt essen... Mutti weine immer, denn Papa habe solange nicht geschrieben... „Ja, lieber Soldat, und kommst du auch in den Krieg? Und schreibst du mir auch mal?“ — Und dann fängt sie wieder von der Puppe an: sie heiße Lieselotte — es hört sich an, als sage sie: „Diese dotte“... „ja, und ich heiße auch Lieselotte, lieber Soldat...“

Ich lausche und lausche. Das Herz geht mir auf, und Sonne flutet hinein. Fast vergesse ich, daß ich in den Krieg marschiere. Wie einen letzten Halt fasse ich die Kinderhand fester... ich möchte sie streicheln; aber es geht nicht: ich habe

ein Gewehr in der anderen Hand. Das verfluchte Gewehr! Was soll es hier, wo ich eine kleine, warme Kinderhand lieblos möchte?...

Ich marschiere langsamer, die Kleine kann nicht mehr mit. Aber ich darf auch nicht zurückbleiben, denn mein Hintermann tritt mir schon auf die Hacken, weil ich den Marsch störe. — — — Da nehme ich denn die Kleine auf den Arm, und Kilb nimmt mein Gewehr solange. Als ich ihn ansehe, hat er ein glückliches, verklärtes Lächeln in seinem harten Gesicht, er schiebt den Helm etwas zurück und sieht das Kind auf meinem Arm voll und seltsam an. Ja, lieber Kamerad: wir haben einen merkwürdigen Abschied!...

Immer fühle ich die kleine, zarte Kinderhand in meinen Fingern und nun kann ich sie auch streicheln. In letzter verzweifelter Sehnsucht nach einer letzten Zärtlichkeit bringe ich mein Gesicht an die Wangen des Kindes und fühle dabei die seidene Haare an meinen Augen... Mir wird so weh — verflucht, nur nicht weinen jetzt. — Die Kleine ist gar nicht bange: sie plaudert immer weiter und zeigt mir ihre Puppe genauer. Die Puppe hat bewegliche Augen mit langen Wimpern, die senken sich über die blauen Glasaugen, wenn sie das Köpfchen zurücklegt: Ja, nun muß Püppchen schlafen. — Und die Kleine singt ein Wiegenliedchen: „Schlaf, mein Kindchen, schlaf...“

Oh wie wild schlägt mein Herz gegen die Totenmarke, gegen die Totenmarke... Ich höre schon lange nicht mehr die Musik dort vorne — ich lausche dem Kinderstimmchen, dem letzten Gruß der Menschlichkeit... „Eia popeia, was raschelt im Stroh... das sind die kleinen Entchen, die haben keine Schuh...“ Immer wieder streichle ich die kleine Hand. — Plötzlich brummt Kilb neben mir, er räuspert sich dann. Ich sehe ihn an: er hat bittende Augen. Er sieht das Kind an und ich erkenne Kilbs Gesicht nicht wieder, dieses harte, stolze Rebellengesicht. Immer wieder schaut er das Kind an. Da nehme ich ihm die Gewehre ab und gebe ihm das Kind in die Arme: „Hier, lieber Karl, nimm es auch mal...“ Ach, wie glücklich ist Kilbs Gesicht. Seine großen Hände fahren behutsam über das blonde Haar.

Plötzlich erschrecke ich tief: die Kleine ist ja schon viel zu weit mit uns abgekommen. Sie wird ja gar nicht wieder nach Hause finden. Darum nehme ich Kilb das Kind aus den Armen. — „So, Lieselotte, nun geh recht schön nach Hause zu Mutti...“ Das Kind sieht mich groß an, lächelt und lächelt... Ich setze es herunter auf die Erde, drück mich noch einmal die kleine Hand und mag sie gar nicht mehr lassen. „Auf Wiederseh'n, Lieselotte“... Das feine Stimmchen antwortet: „Wiederseh'n, Wiederseh'n, lieber Soldat...“ Ich blicke mich noch einmal um: das Kind steht am Straßenrand, läßt das Püppchen an einem Arm herunterbaumeln, winkt und winkt und hält das Köpfchen schief und lächelt... „Auf Wiedersehen, Lieselotte“, rufe ich noch einmal hinüber. Dann schieben sich Menschen davor.

Ich werde dich wohl nicht wiedersehen, Lieselotte!... Und wenn ich wiederkehre: wirst du mich wiedererkennen? ... (Wird fortgesetzt.)

## Wovon soll ich leben?

Diese Frage gelte einem überall in die Ohren. Wo man auch nur einen Menschen, ob mit und ohne Alu- Kru- oder Wohlfahrtsunterstützung, trifft, stellt er diese bange Frage. Aber nicht nur mir oder Dir, nein, er stellt sie auch seinesgleichen: Er stellt sie am Schalter den ob dieser Fragerei schon ungeduldig werdenden Beamten. Er stellt sie uns allen, der Gesellschaft. Wer aber ist zuständig für die befriedigende Beantwortung? Wer? ...

Da kommt ein junger Mann zum Schalter des Arbeitsamtes. Er wird nirgends unterstützt. Der Vater bezieht eine Rente: „Die reicht zum Lebensunterhalt der ganzen Familie,“ sagen sie dem jungen Mann am Wohlfahrtsamt. Nun will er Arbeit. Pünktlich, zweimal die Woche erscheint er. Immer wird ihm bedeutet, daß, wenn wirklich Arbeit vorhanden wäre, sie ihm nicht gegeben werden könne, weil nur die dort Registrierten Anrecht auf Vermittlung von Arbeit hätten. Hierauf fragt er: „Ja, was soll denn nun die Bezeichnung „Arbeitsvermittlung“, wenn ihr doch keine vermitteln könnt? Und wenn ihr welche hättet, warum bekäme ich dann keine? Wovon soll ich denn leben?“

Vor dem Schalter steht ein Kellner, heftig gestikulierend. Eine Schimpfkanonade auf den seine Nerven im Zaume haltenden Beamten geht nieder: „Was soll das denn nun bedeuten? Warum müssen wir Kellner fünf- bis sechsmal die Woche zum stempeln? Haben wir etwa mehr Schuhsohlen zu zerreißen? Sind wir vielleicht weniger wert als die andern? Wenn das nicht beabsichtigte Striezererei ist, dann fresse ich einen Besen. So, und nu das andere. Was soll das denn, daß ich wirklich mal am Sonntag gekellnert und mir einen Taler verdient habe? Das soll mir von der Unterstützung abgerechnet werden? Ihr seid ja verrückt hier. Meschuggel! Dafür hab ich Fahrgeld ausgegeben, das Stärken der Kellnerwäsche kostet mich mehr, als ich herauskriege. Ich kellnere nur, weil ich mir den Besitzer gewogen halten will für bessere Zeiten. Nun wollt ihr mir die paar Groschen anrechnen! Wo ich so nur die Woche mit Frau und zwei Kindern 14,50 M bekomme? Wenn ich nicht versuche, einen Groschen dazu zu verdienen, wovon sollte ich denn leben?“ — Auch der Kellner stellt diese Frage.

Da kommt ein junger Mann. Er bezog seine 6 Wochen Alu. Er hatte Anspruch auf 9,80 M. Jetzt, wo die Bedürftigkeit geprüft ist, fällt seine Unterstützung fort, weil der Vater arbeitet: „Wenn ich kein Geld mehr bringe, wirft mich mein Alter raus. Er sagt, er will nicht für solchen starken Menschen mitarbeiten. Was soll ich da tun?“ Achselzucken ist die Antwort des Gefragten. „Ja, so seid ihr Brüder alle,“ schreit der junge Mann. „Ihr stört euch einen Dreck um uns. Was mit uns wird, rührt euch nicht. Habt ihr euch schon einmal Gedanken gemacht, wovon ich denn nun leben soll?“

Eine junge Frau. Entlassen wurde sie von einer Zigaretten-schachtelfabrik. Sie hat vier Jahre dort gearbeitet, seit, so sagt sie, ihr Mann einen Unfall hatte und das Krankengeld nicht ausreichte, um die drei Kinder satt zu machen. Sie ist später dann dabei geblieben, als der Mann wieder in Arbeit kam, die er auch heute noch hat. Er verdient allerdings ganz wenig, sagt sie. Sie bekommt keine Unterstützung, wird ihr gesagt. „Ja, was soll denn das? Ich habe doch immer Beiträge gezahlt von meinem Lohn, das wäre ja noch schöner!“

Die neueste Notverordnung, sagt man ihr, schreibt vor, daß Ehefrauen sofort beim Eintritt in die Arbeitslosigkeit der Hilfsbedürftigkeitsprüfung unterworfen werden. Der Mann arbeitet, er hat die Familie zu ernähren, sie aber hat keinen Anspruch auf Unterstützung. — Dicke Tränen rollen aus ihren Augen. Dafür habe ich nun vier Jahre ununterbrochen geschuftet und Beiträge gezahlt! Der Verdienst meines Mannes ist so gering. Wovon soll ich mit meinen Kindern denn nun leben?“

Draußen vor dem Arbeitsamt stehe ich mit einem älteren Arbeiter zusammen, der mit sein Leid klagt: „Sieh,“ sagt er, „ich bin noch ganz rüstig, könnte gut noch mein Brot verdienen; aber sie wollten mich nicht mehr an der Walze, dafür haben sie Jüngere. Jetzt, wenns in Ordnung gewesen wäre, das Ding, na, da wärs nicht schlimm gewesen, das heißt, wenn ich Rente oder Unterstützung bekäme. Für Rente aber reichen die Jahre nicht, und für Unterstützung, haben sie mir gesagt, komm ich nicht in Frage, weil meine beiden Jungen noch arbeiten. Die

verdienten so viel, daß sie ihre beiden Eltern mitdurchzählen könnten. Dem klugen Kerl da auf dem Wohlfahrtsamt, dem hab ich natürlich gesagt, ob er glaubt, ich habe meine beiden Jungen groß gezogen dafür, daß sie ihren Vater mit durchreißen sollen? Wie is das denn, wenn sie heiraten wollen und nichts gespart haben? Das Einkommen des Sohnes wird angerechnet, auch wenn er nicht bei mir wohnt. So'n Welt! Sag mal, wovon sollte ich wohl leben, wenn meine Jungs keine anständigen Kerle wären und einen Löwenanteil vom Geld für sich beanspruchten. Wovon?“

Auf dem Wohlfahrtsamt steht eine blasse junge Frau. Auf dem Arm ein Kind. Eben ist ihr lungenkranker Mann zur Kur auf Kosten der Wohlfahrt fortgefahren. Ein Teil der Unterstützung wird ihr nun deswegen abgezogen. Ein wenig Geld hat der Mann mitnehmen müssen. Ihr bleiben nur 26 M monatlich. Davon 18 M für Miete. Sie will, daß entweder die Wohlfahrt die Miete bezahlt oder man soll ihr einen Lebensmittelschein geben. Achselzucken. Der Richtsatz wird ja gezahlt. „Wovon aber soll ich denn leben jetzt mit meinem Kind?“ Auch hier die Frage.

Drei Monate Gefängnis hatte der bleiche Mann. Warum? Als er entlassen wurde, bekam er, weil er im Gefängnis gearbeitet hatte, noch 11 M und einige Pfennige bar ausgezahlt. Das steht in seinen Papieren. Zunächst hat er seine Freiheit tüchtig begossen. Nun keine Unterkunft, kein Geld. Den letzten fadenscheinigen Anzug auf dem Leibe. Er will für ein Zimmer, für das er 20 M Miete zahlen soll, eine Beihilfe. Er will sofort Geld oder einen Lebensmittelschein. Dann will er aber auch einen Anzug, damit er sich unter die Leute wagen kann. Abgewiesen! Was Geld und Mietbeihilfe anbelange, stehe ja in den Papieren, daß er über 11 M an Bargeld bekommen habe, das hätte gut zwei Wochen reichen können. Sind die zwei Wochen um, gälte für ihn der Richtsatz. „Ja, wenn ihr mich im Gefängnis wiederseht, wundert euch nicht, denn wovon soll ich leben?“

Man möge ihn doch auch 30 Stunden die Woche arbeiten lassen, bittet einer. Er wolle nichts geschenkt haben. Das geht nicht, wird ihm gesagt, erstens sei gar keine Fürsorgearbeit vorhanden und zweitens würde man Verheiratete bevorzugen. Ab geht er. Bald aber steht er wieder am Schalter. Was er will? O, er hat nur den Wunsch, daß man ihn wenigstens vormerken möge in der langen, langen Liste der Bewerber um Fürsorgearbeit. Das geschieht. Schmunzelnd zieht er ab. Er ist der erste, der nicht die Frage: „Wovon leben?“ stellt. M. H.

### Der Grund

In einem Wiener Krankenhause befand sich ein Zimmer, das ausschließlich mit Prostituierten belegt war. Nun war es merkwürdig, daß der Herr Kurat, der sämtliche Patienten besuchte und ihnen seinen geistlichen Trost spendete, dieses Zimmer ängstlich mied. Sollten gerade diese verirrten Schäflein nicht seiner Tröstung bedürfen? Eine alte Wärterin gab die Erklärung für dieses Verhalten des geistlichen Herrn: Als der Herr Kurat nämlich eines Morgens mit salbungsvoller Miene jenes besagte Zimmer betrat, erklang plötzlich der erfreute und erstaunte Ausruf: „Jessas, do schaug — dös is ja mei Fünf-Schilling-Herr!“

Seit diesem Tage mußten die „Verworfenen“ dieses Zimmers des geistlichen Zuspruchs entbehren.

### Vertrauenskrise

Paul Wiewall steht vor dem Richter wegen schwerer Körperverletzung, begangen an seinem Freund Karl. Und der Richter fragt: „Wie kamen Sie eigentlich dazu, Ihren Freund dreimal mit einer Bierflasche auf den Kopf zu schlagen?“

„Er hatte mich schwer beleidigt!“ sagt Paul böse. „So. Und wodurch denn?“ forscht der Richter weiter. „Durch ein ganz jemeines Schimpfwort!“ antwortet Paul düster. „Und wie hieß denn das Schimpfwort?“ „Er sagte zu mich, ick hätte en Charakter wie en Jenerat-direktor!“ sagt Paul.



# Verbandsleben



## Bereitschaft für den Winter

Schon jetzt, da das sommerliche Wetter den Erwerbslosen noch gestattet, das ewige Einerlei ihrer Tage in den Parks und Gärten der Städte totzuschlagen oder im Freibad zu ertränken, erhebt sich für viele von ihnen die bange Frage: Womit verbringen wir im kommenden Winter unsere Zeit? Die Frage wird um so dringender, wenn man bedenkt, daß sich gegen dem vorigen Winter nicht nur die Zahl der Arbeitslosen erheblich vergrößert hat, sondern auch von den gegenwärtigen Machthabern des „Wohlfahrtsstaates“ die Unterstützungssätze, falls nicht ganz gestrichen, so doch gewaltig gekürzt worden sind. Es reicht schon jetzt nicht für die Bestreitung der nackten Nahrungs- und Wohnungskosten, von der Ergänzung der abgerissenen Kleidungsstücke und Anschaffung von Heizmaterial gar nicht zu reden. Die meisten erschauern schon jetzt bei dem Gedanken an die kalte Stube, und die alleinstehenden Kollegen beginnen bereits mit Wehmut und Sorge an die überfüllten Leseräume, die zugigen Bahnhofshallen zurückzudenken, wohin sie sich im vorigen Winter vor der Kälte retteten.

Diese Aussichten verpflichten uns schon jetzt, Vorsorge für den kommenden Winter zu treffen. Eines steht schon jetzt fest: An das Solidaritätsgefühl der Gewerkschafter, die noch in Arbeit stehen, und an ihre Organisationen werden im kommenden Winter Anforderungen gestellt werden, die höher sind als jemals bisher. Auf ihnen ruht die Verpflichtung, bei den ausgesteuerten Kollegen, die bereits dumpfe Verzweiflung zu übermannen beginnt, das Gefühl der Verlassenheit im Keime zu ersticken. Der Riß im Zusammenhang mit der Organisation, der sich hier und da zeigen mag, muß geschlossen werden, ehe es den Gegnern gelingt, den Stein des Mißtrauens hineinzuwälzen und ihn zur Kluft ausweiten. Und wahrlich, die Gegner beweisen einen sicheren Instinkt! Unter dem Mantel der christlichen Nächstenliebe nutzen sie geschickt die gedrückte Stimmung des Erwerbslosen aus, in der der Mensch für jeden Trost empfänglich ist, um ihn in ihren Lesestuben mit ihren Schriftchen und Traktäthen zu füttern. Man kann es oft genug erleben, wie mancher zuerst zögernd noch und aus Neugierde danach greift, später eingelullt und pessimistisch irgendeinem astrologischen oder ähnlichem Wunderglauben anheimfällt. Die „Kluft“ ist da, und der Betreffende ist für eine ernste und einen klaren Kopf erfordernde Mitarbeit für seine Klasse verloren.

Das muß nach Möglichkeit verhindert werden. Es darf keinen Ort mehr geben, in dem nicht ein Volkshaus mit geeigneten, heizbaren Versammlungsräumen besteht, wo nicht tagsüber eine Lesehalle für arbeitslose Kollegen eingerichtet ist. Hier müssen unsere Zeitungen, unsere Zeitschriften, unsere Bücher ausliegen, die notfalls durch Sammlungen aus Privat- oder Organisationsbibliotheken aufgebracht werden können. Auch Brettspiele lieben sich auf diese Weise beschaffen. Voraussetzung ist nur, daß noch im September in jedem Ort eine Versammlung der erwerbslosen Kollegen einberufen wird, in der aus ihrer Mitte ein Ausschuss von vier bis fünf Vertrauensleuten gewählt wird, die die Gewähr für Erfüllung der genannten Notwendigkeiten bieten. Ihre Aufgabe wird es sein, jeden Monat ein Programm aufzustellen, bei dem weitgehend die Wünsche der Kollegen berücksichtigt werden, und für den Aufsichtsdienst zu sorgen. Falls das Bedürfnis vorhanden ist, sollten Filmaufführungen, bildende und unterhaltende Vorträge sowie Arbeitsgemeinschaften über Fragen der Arbeiterbewegung veranstaltet werden.

Vor allem ist darauf zu achten, daß auf jeden Fall der Anschein einer Wohltätigkeit vermieden wird. Die Initiative muß nach Möglichkeit von den arbeitslosen Kollegen selbst ausgehen. Es muß an ihre Mitarbeit im Dienste der Bewegung appelliert werden. Dies soll auch der Zweck dieser Zeiten sein. Wenn sich ein rühriger Stamm von Funktionären zur Verfügung stellt, muß es auch möglich sein, ab und zu für das leibliche Wohl etwas zu bieten. Die Schwierigkeiten, die hier und da im Wege liegen mögen, dürfen die Durchführung nicht beeinträchtigen. Es gilt, langfristig Erbslose vor dem Verfall in die Indifferenz zu retten. Wo ein Wille, da ist auch ein Weg!

A. B., Bielefeld.

## Gedanken

### Über die Einheitsfront

Wer Betrachtungen über die Einheitsfront anstellen will, ist genötigt, erst den Begriff Einheitsfront grundsätzlich zu klären. In der Vorkriegszeit, wo es nur eine sozialistische Partei gab, konnte man diesen Begriff nicht. Durch die Spaltung der sozialistischen Arbeiterbewegung in der Kriegs- und Nachkriegszeit und aus der Notwendigkeit heraus trotz politischer Gegensätze, die ihren Niederschlag in verschiedenen proletarischen Parteien fanden, in bestimmten Fragen gemeinsam gegen den gemeinsamen Feind zu kämpfen, entstand der Begriff Einheitsfront. Einheitsfront heißt die Voraussetzung schaffen für eine einheitliche proletarische Aktion, wie dies beim Kapp-Putsch der Fall war, wo Gewerkschaften, SPD und USPD zusammen den Generalstreik durchführten, allerdings ohne die KPD, die jede Beteiligung am Streik ablehnte, was sie jedoch nicht hinderte, am 21. Juli dieses Jahres unter Hinweis auf den Kapp-Putsch zu letztem nach dem Generalstreik zu stehen.

Einheitsfront heißt nicht Einheitsorganisation, nicht Einheitsmeinung und Uniformierung, — wie in der KPD, wo es nur geistige Unterthanen gibt, wo freie Meinungsäußerung ein kleinstädtischer Begriff ist — heißt aber den Meinungskampf in einer Form führen, die der Arbeiterbewegung würdig ist. Die Auswache der letzten Jahre auf diesem Gebiet haben schweren Schaden angerichtet. Die meisten Schimpfereien der KPD und der RGO gegen die Gewerkschaften haben mit Meinungskampf nichts mehr gemein. Wer nur schimpfen und verdammen kann, beweist seine geistige Armut und dagegen kämpfen bekanntlich Götter selbst vergebens.

Die deutsche und darüber hinaus die internationale Arbeiterklasse steht vor einer geschichtlich entscheidenden Stunde. Es geht jetzt um Sein oder Nichtsein der Arbeiterbewegung. Wir kennen die Pläne der Reaktion, die, wenn verwirklicht, Zustände schaffen, wogegen die Macht des Frühkapitalismus noch paradisiisch erscheinen mag. Wir wissen, was uns blühen soll; wir wissen aber auch, daß das nur abgewehrt werden kann, wenn die Arbeiterklasse sich endlich im Abwehrkampf zusammen findet. Ein tiefes Sehnen nach dem Zustandekommen der Einheitsfront geht daher durch das ganze Proletariat.

Die RGO führt zwar organisatorisch ein kümmerliches Schattendasein, das führt indes leicht dazu, ihren Einfluß zu unterschätzen. Die „Antifaschistische Betriebskampf-Woche“, die von der RGO auf Befehl der KPD vom 14. bis 21. August durchgeführt und dann um zwei Wochen verlängert wurde, hatte zum Ziel: „betriebliche Kämpfe und größere Streiks auszulösen.“ Das negative Ergebnis beweist, daß die außerparlamentarische Kampfkraft von KPD und RGO in umgekehrtem Verhältnis zu ihren „glänzenden Wahlsiegen“ und zu den Kraftmeiereien der kommunistischen Presse steht. Ist die RGO keine positive Kraft, so ist sie dennoch eine Kraft der Hemmung und Zerstörung. Die Millionen kommunistischer Anhänger, die zum überwiegenden Teil gewerkschaftlich unorganisiert sind, werden durch die kommunistische Gewerkschaftstaktik zu einer gewerkschaftsfeindlichen Stellung erzogen. Sie sehen in den Gewerkschaften nur im Dienst der Unternehmer stehende „sozialfaschistische Streikbruchzentralen und Mastanstalten für Bonzen“. Die Rote Fahne vom 25. 8. verwendet nicht weniger als dreieinhalb Seiten und einen Leitartikel dazu, die Gewerkschaften mit Dreck zu bewerfen und nennt das Ganze dann „Antifaschistische Aktion an der innergewerkschaftlichen Front“.

Soll der geschlossene Abwehrkampf gegen die Reaktion kommen, soll die Einheitsfront Wirklichkeit werden, dann muß die RGO, dieses Stillhaltekonstrukt für die Revolutionierung der Arbeiterklasse und für die Herstellung der Einheitsfront, verschwinden. Wer in der KPD die Einheitsfront will, der muß mit aller Kraft gegen die kommunistische Gewerkschaftstaktik kämpfen und Sorge tragen, daß aller gewerkschaftsfeindlicher Gedankenballast über Bord fliegt. Der muß fordern, daß die mehrfache Losung der „Einheitsfront von unten“, angeblich verkörpert in der „Antifaschistischen Aktion, also der rein kommunistischen Partei, preisgegeben wird. Denn sie ist der unübersteigbare Klotz gegen die Einheitsfront. Wer sich nicht ehrlich zu den Gewerkschaften bekennt, ist Gegner der Einheitsfront, auch wenn er noch so laut danach schreit.

Zuvörderst muß also aufgehört werden, das Wort von Karl Marx: Proletarier aller Länder vereinigt euch! abzuwandeln mit: Proletarier eines Landes zerfleischt euch! Darauf muß jeder bedacht sein, der die Einheitsfront will!

## Verbot der Buchbinder-Zeitung

Der Polizeipräsident Berlin, den 8. September 1932.

### Verbot

Auf Grund des § 6 Abs. 1 Ziff. 2 der Verordnung des Reichspräsidenten gegen politische Ausschreitungen vom 14. Juni 1932 verbiete ich die in Berlin erscheinende periodische Druckschrift „Buchbinder-Zeitung“ mit sofortiger Wirkung bis zum 28. September 1932 einschließend.

Das Verbot umfaßt auch jede angeblich neue Druckschrift, die sich sachlich als die alte darstellt oder als ihr Ersatz anzusehen ist.

Gegen das Verbot ist die Beschwerde zulässig; sie hat keine aufschiebende Wirkung. Die Beschwerde ist bei mir einzureichen...

### Gründe:

Die Nr. 47 des 48. Jahrgangs der „Buchbinder-Zeitung“ bringt auf Seite 2 einen Artikel „Eine unmögliche Verbotsandrohung“. In diesem Artikel wird die dem Verlag unter dem 20. August 1932 erteilte Verwarnung kritisiert unter wörtlicher Anführung der beanstandeten Stellen. Es wird hier also wiederholt, daß den Arbeitern und den Werkstätten durch die Papen-Regierung mindestens 80 Prozent der bisher gezahlten Unterstützungen geraubt worden sind. Es wird vom Raub am Brot der Arbeitslosen gesprochen, um mit den Worten zu schließen: „75 bis 82 Prozent seiner ehemaligen Ansprüche hat ihm die Regierung der Hitler-Barone gestohlen.“ In einem anderen Absatz wird behauptet, daß durch die Einsetzung der Papen-Regierung eine unfähigere zwangsmäßige Verelendung der deutschen Arbeiterklasse eingetreten sei usw.

Der Verlag war in dem Schreiben vom 20. August 1932 darauf hingewiesen worden, daß in diesen Ausführungen eine schwere Beschimpfung der Reichsregierung zu erblicken ist. Da er trotz dieser Warnung die Beschimpfungen durch wörtliche Zitierung der beanstandeten Stellen wiederholt, ist nunmehr ein Verbot erforderlich und gerechtfertigt.

gez.: Dr. Melcher.

## Merkort für die Gewerkschaftspresse

Wie der Vorwärts meldet, ist dem Schriftleiter des Nachrichtenendienstes der Ortsgruppe Berlin der Reichsgewerkschaft Deutscher Kommunalbeamten im Gesamtverband eine Verwarnung zugegangen. In einem Aufsatz unter der Spitzmarke: „Unter dem Belagerungszustand“ sei dem Reichspräsidenten und der Reichsregierung der Vorwurf des verfassungswidrigen Handelns gemacht. Darin wird eine Beschimpfung und böswillige Verächtlichmachung erblickt, die ein Verbot rechtfertigen würde. Der Berliner Polizeipräsident ließ es aber diesmal noch mit einer nachdrücklichen Verwarnung bewenden, im Wiederholungsfalle sei jedoch mit einem längeren Verbot zu rechnen.

Das Verbot der Buchbinder-Zeitung und diese Verwarnung zeigen, wohin wir unter der von dem Herrenklub und den Nazis geschaffenen Regierung gekommen sind. Wir entsinnen uns keines Verbotes einer Gewerkschaftszeitung seit dem Fall des Sozialistengesetzes im Jahre 1890. Der Rückfall in die Praxis der sozialistengesetzlichen Zeit bestreift uns in der hier schon geäußerten Meinung, daß das Streben dieser Regierung auf die Knechtung der Gewerkschaftsbewegung hinausläuft. Das läßt sich leicht erklären. Diese Regierung ist der Schwächling der Großindustrie und der Agrarier, also der Todfeinde der Gewerkschaften und des anfruchtlichen Arbeiters. Mit dem Druck auf die Redefreiheit der Gewerkschaftspresse glaubt man, den Gewerkschaften und den Arbeitern die Möglichkeit der Kritik an den Maßnahmen der Regierung zu erschweren und schließlich ganz zu unterbinden. Anders lassen sich die Eingriffe des Polizeipräsidenten nicht deuten. Ob damit nicht das Gegenteil dessen bewerkstelligt wird, was man erstrebt? Wir möchten dies heute schon bezweifeln.

## Vom Vorstand

Telegrammanschrift: Metallvorstand Berlin  
Fernsprecher: Dönhoff 6750-6753

Mit Sonntag, dem 25. September, ist der 40. Wochenbeitrag für die Zeit vom 25. September bis 2. Oktober 1932 fällig.

Laut Beschluß des 20. ordentlichen Verbandstages in Dortmund tritt das neue Statut ab 2. Oktober 1932 in Kraft.

Alle Unterstützung beziehenden Mitglieder werden von Beginn der 41. Beitragswoche an nach den Bestimmungen des neuen Statuts ausgerechnet. Für alle Mitglieder, die von diesem Datum an die für ihre Beitragsklasse oder Beitragsstufe in Frage kommenden Unterstützungen bezogen haben, gilt für die Wiederbezugsberechtigung zurückgerechnet die 92wöchentliche Karenzzeit.

### Ausgeschlossen wird nach § 22 des Statuts:

Auf Antrag der Verwaltungsstelle Berlin: Der Lötter Kurt Schiller, geb. am 3. Oktober 1910 in Oberschöneweide, Mitgliedsbuch Nr. 6731 270, wegen Schädigung der Verbandsinteressen.

Berlin SW 68, Alte Jakobstraße 148

### Der Verbandsvorstand

## Bekanntmachung des Ausschusses

Nachdem von der Mitgliedschaft der Verwaltungsstelle Frankfurt a. M. die Beisitzer gemäß § 28 Abs. 5 gewählt worden sind, hat sich der Ausschuss in seiner am 17. September stattgefundenen Sitzung konstituiert. Er besteht aus den Kollegen

Robert Weißig, Vorsitzender,  
Franz Jos. Siegel, Stellvertreter,  
Wilhelm Baumann  
Karl Kaffenberger } Beisitzer.  
Hans Schmitt

Alle für den Ausschuss bestimmten Sendungen und Bescherden sind an dessen Vorsitzenden, Kollegen Robert Weißig, Frankfurt a. M.-Eckenheim, Hügelstraße 16 I, zu richten.

## Eine christliche Ehrung Karl Spiegels

Am Grabe Karl Spiegels, unseres jüngst verstorbenen Bezirksleiters von Bielefeld, hat der Christliche Metallarbeiterverband einen Kranz niederlegen lassen. Und im Verbandsblatt der christlichen Kollegen wird unserm toten Kameraden folgender Nachruf gewidmet:

„Den älteren Kollegen ist Karl Spiegel als Bezirksleiter des sozialistischen Metallarbeiter-Verbandes wohlbekannt. Wir mußten oft mit ihm die Klänge kreuzen, zumal im rheinisch-westfälischen Industriegebiet. Er war von der alten Garde der Metallarbeiterschaft. Draufgängerisch, kämpferisch, eine ehrliche Haut. Es gab einmal eine Zeit — und sie ist lange dahin —, wo Karl Spiegel nicht zufrieden war, wenn er nicht schon „zum Frühstück eine paar Christen“ verspeisen konnte. Mit der Zeit legte sich das und machte gereifteren Erwägungen Platz. Mit dem lebenden Gegner haben wir im Kampfe gelegen. Den Toten ehrten wir durch Begleitung und Kranzniederlegung. Er möge ausruhen von seinem Ringen in Frieden.“ — Ein Nachruf, der beide Seiten ehrt!

## Otto Demtröder, Witten †

Die Wittener Arbeiterschaft hat einen ihrer Besten zu Grabe getragen. Der erste Bevollmächtigte unserer Verwaltungsstelle, Otto Demtröder, starb am 11. September nach kurzer schwerer Krankheit. Nach seiner Rückkehr vom Dortmunder Verbandstag zwang ihn ein tückisches Leiden auf das Krankenlager, von dem er sich nicht wieder erheben sollte.

Der Verstorbene hat nur ein Alter von 51 Jahren erreicht. In Kruckel bei Dortmund geboren, war er ein urwüchsiger Westfale, knorrig und stark, voll Geist und Witz. Sein prächtiger Humor, der nie verletzte und stets versöhnte, machte ihn zu einem besonderen Menschen, dazu kamen seine geistigen Fähigkeiten, seine Besonnenheit und unerschütterliche Charakterfestigkeit, gepaart mit großem Fleiß, alles Gaben, die ihn zum geborenen Führer der Arbeiterbewegung stempelten. Von Beruf war er Former, und schon in jungen Jahren schloß er sich der aufwärtstrebenden Arbeiterbewegung an. Im Jahre 1910 erfolgte seine Anstellung als Geschäftsführer in Witten. Seitdem hat er mit großem Erfolg auf dem steinigen Boden Westfalens für unsere Bewegung gearbeitet. Wiederholt vertrat er die Wittener Kollegenschaft auf den Verbandstagen und im Erweiterten Beirat. Immer gab er seine vollen Kräfte für unseren Verband.

Der Wittener Arbeiterschaft war aber Otto Demtröder noch mehr. Seit 13 Jahren war er Stadtverordnetenvorsteher und übte dieses schwierige Amt im Auftrage der Sozialdemokratie aus, die ihn in die Stadtverordnetenversammlung entsandt hatte. Mit den zahlreichen Gegnern mußte er manchen harten Strauß ausfechten und errang sich durch sein unbestechliches Wesen die größte Achtung. Viele Jahre war der Verstorbene auch Vorsitzender der Krankenkasse. Der Partei, dem Reichsbanner und den anderen Arbeiterorganisationen stellte er ebenso seine uneigennützigste Person und sein Können zur Verfügung. Otto Demtröder ist in den Sielen gestorben. Die Trauer um ihn ist allgemein. Wir Metallarbeiter werden diesem prächtigen Menschen und Mitkämpfer ein dauerndes Andenken bewahren.

## Peter Eschweller, Köln †

Mit Peter Eschweller ist eine markante Persönlichkeit der Kölner Arbeiterbewegung dahingegangen. 25 Jahre wirkte er als Kassierer der Kölner Verwaltung. Im Vorjahre trat er in den verdienten Ruhestand, sollte ihn aber nicht lange genießen. Eine schwere Erkrankung, die zur Amputation der Beine führte, brachte ihn den Tod.

Peter Eschweller ist 1866 in Köln geboren. Sein Beruf war Dreher. 1893 schloß er sich dem Verband als Mitglied an. Langjährig war er Vorsitzender der Verwaltung Ehrenfeld und kam 1902 durch die Verschmelzung zu Köln. 1906 erfolgte dann seine Anstellung in den Verbandsdienst. Für sein Amt machte ihn sein ausgeprägtes Pflichtbewußtsein und sein Arbeitseifer besonders geeignet. Neben seinem Verbandsdienst war er sehr rührig für die Gesamtbewegung tätig. Er saß im Vorstand der Ortskrankenkasse, im Ortsausschuß, im Parteivorstand und der Volkskassenverwaltung, und alle Ämter betreute er mit großer Gewissenhaftigkeit. Die Metallarbeiterschaft betrauert tief das Hinscheiden dieses wackeren Mitkämpfers und wird ihm ein dauerndes Andenken bewahren.

# Die Flammenschrift in Belgien

## Die menschliche Kreatur am Ende der Ertragsfähigkeit

Lüttich, 1. September.

F. K. Jedes Kind kennt aus der Bibel die Geschichte von der Flammenschrift an der Wand. Während eines fetten Gastmahls des babylonischen Königs Belshazzar malte eine geisterhafte Hand in Flammenschrift die Worte an die Wand: Mene, Mene, Tekel upharsin! Darob gingen Gemütsruhe und Verdauung des Königs und seiner Schlemmergesellschaft in die Binsen. Um sofort eine Übersetzung der geheimnisvollen Worte zu bekommen, rief Belshazzar seine Weissager und Schriftdeuter, also, wie wir heute sagen würden, seine Minister, Wirtschaftsweisen, Politiker und Professoren zusammen. Die Herren waren vollständig verdutzt. Sie stammelten viel dummes Zeug; sie meinten, die Sicherheit des Landes könne nur gesichert werden, indem die Löhne gekürzt, den Armen die Unterstützung vermindert und neue Steuern auf Brot erhoben werden würden.

Dieser Unsinn wollte selbst dem König nicht in den Kopf. Da er von einem Mann namens Daniel gehört hatte, der als Reformator galt und die Zeichen der Zeit zu deuten verstand, berief er diesen. Ohne Zögern deutete er die geheimnisvollen Worte folgendermaßen: Mene, Mene: Eure Gesellschaft ist faul bis auf die Knochen! Tekel: Eure wirtschaftliche Fähigkeit ist gewogen und so leicht befunden! Upharsin: Ihr und eure Gesellschaft gehört daher in die Grube, um einer Gesellschaft Platz zu machen, die nicht die Welt mit Gestank erfüllt!

Belshazzar wurde von dieser Deutung ganz erschüttert. Allein, er fand schnell seine alte Gefühlsvorstellung wieder. Denn er sah, daß es ihm selbst doch noch ganz gut ging, seinen Ministern, Wirtschaftsweisen, Politikern und Professoren ebenfalls. Und wenn dem Wohlleben der Oberschicht Beeinträchtigung drohte, würden eben die Löhne und die Unterstützungen der Armen gekürzt oder für sie neue Steuern ausgeschrieben. Die Sache von der Flammenschrift hielt man für einen dämlichen Scherz. — Kurze Zeit darauf war die ganze Herrlichkeit Belshazzars verschwunden.

An diese Überlieferung der Bibel wird man jetzt bei jedem Blick auf die kapitalistische Wirklichkeit erinnert, besonders aber bei der Wanderung durch den süd-belgischen Industriebezirk. Dort ist seit Anfang Juli ein allgemeiner Aufstand der Bergleute im Gange. Alles mögliche ist von der Regierung und den Unternehmern angedreht worden, sie haben Zugeständnisse gemacht, Gendarmerie, Militär und Belagerungszustand gebracht, um die Knappen wieder an die Arbeit zu bringen — alles umsonst! Die Gewerkschaften und die Arbeiterpartei haben sich der Streikenden und ihrer Forderungen und der hungernden Kinder nachdrücklich angenommen, haben gewarnt und zum Bedenken der weiteren Folgen der Verdienstlosigkeit ermahnt — alles umsonst! Die Streikenden pfeifen auf all das.

Am 7. August, also nachdem der allgemeine Ausstand schon einen vollen Monat Tatsache war, hat die Zentrale des Bergarbeiter-Verbandes selbst den Generalstreik der Bergleute beschlossen und der Gewerkschaftskommission und der Parteileitung anheim gestellt, den Generalstreik aller Industriegruppen zu erwägen. Durch diesen Beschluß wird an der Tatsache nichts geändert, daß der allgemeine Aufstand der Bergarbeiter so wie bisher weitergehen wird.

Ein allgemeiner Streik? Damit ist jedoch das, was sich in den belgischen Kohlenbezirken abspielt, nicht richtig gekennzeichnet. Paßlicher ist es, zu sagen, es ist dies ein Aufbäumen der menschlichen Kreatur gegen einen unerträglichen Zustand, gegen eine Gesellschaft, die wohl alle Mittel zur Befriedigung des menschlichen Bedarfs hat, aber nicht mehr die Fähigkeit dazu. Es ist dies eine Springflut des proletarischen Acheron, die, von namenlosem Elend emporgetrieben, über die Palisaden und Gesetze der kapitalistischen Gesellschaft hinwegströmt.

Die Flut setzte auf einer Zeche in Flénu ein, sprang über Nacht auf die andern Kohlenbezirke und dann auf andere Industrien und Provinzen über. Die hohe Obrigkeit in Brüssel tat, was sie und ihresgleichen in solchen Fällen immer tut, sie schickte Gendarmen und Militär, um das Erdbeben zu dämpfen. Ja, sie erklärte den Belagerungszustand, um es abzudämmen. Die Maßnahmen verfangen nicht. Jedenfalls konnten sie nicht verhindern, daß tagtäglich Menschenmassen sich durch die Bezirke bewegten und revolutionäre Lieder sangen; daß auf den Straßen Barrikaden entstanden; daß Werke von den Belegschaften besetzt und verbarrikadiert wurden und daß die Villa eines Generaldirektors in Flammen aufging. Die Justizmaschine wurde gegen die Ausständigen in Bewegung gebracht. Ohne sichtbare Wirkung. Die Leiter der Unternehmungen machten sich aus dem Staub, und die Kaufleute ließen ihre Kolläden herunter. Kein Förderstuhl regte sich. Die Arbeit blieb ruhen. Der Staatsapparat erwies sich als machtlos. Die Grenze seiner Wirksamkeit war erreicht.

Darob Kopfschütteln bei den Staatsweisen. Was nun? Nun, sie beorderten ihre Zeichendeuter und Wahrsager, das heißt ihre Minister, Politikanten, Wirtschaftsweisen und Paragraphenverschleier nach Brüssel. Diese Knaben hatten den Dreh gleich heraus: eine Gemeinheit Moskaus sei das und nichts anderes. Daß das nicht gut stimmen konnte wurde nach kurzer Erwägung klar. Die Kommunisten waren bis dahin in Belgien ein zahlenschwaches Gewächs. Nur einen Abgeordneten hatten sie in der Kammer, in ihren Organisationen wurden nicht 5000 Köpfe gemustert und besondere Gewerkschaften hatten sie nicht. So mußte doch wohl etwas anderes der Antrieb des Erdbebens sein.

Nach der eigentlichen Ursache des Ausstandes braucht wahrhaftig nicht gesucht werden. Er schlägt einem in jeder der kahlen Backsteingassen des Industriebezirks in die Augen. Dort liegt heute der Stoff für einen neuen „Germinal“ gehäuft, für einen noch viel furchtbarerem als der, den Zola schrieb. Noch mehr als in Zolas unvergeßlichem Zeitgemälde nehmen jetzt die Frauen an dem Aufstand teil. Kein Wunder, denn sie haben ja den schwersten Teil der über die Männer verhängten Drangsal zu tragen. Die Frauen begleiten die Streikbrecher, die Vorarbeiter und Steiger von der Arbeitsstelle zu ihrem Heim. Sie umstellen stumm die Gendarmen und Soldaten. Sie bereiten den Direktoren und Artverwandten garstige Viertelstunden. Sie tragen die Banner und Plakate bei den Umzügen voraus. Sie sind die ständigen Mahner der Gesellschaft und Mutstärker der Männer.

Das geht nun an die zwei Monate. Wie soll das wohl enden? Im Abgeordnetenhause will man sich nächstens wieder mit der Sache befassen. Der Bergarbeiter-Verband will das gleiche auf einer Konferenz tun. Eine allgemeine Abstimmung über Fortdauer oder Abbruch des Streiks soll eingeleitet werden. Ob damit der Ausstand zu Ende zu bringen ist? Auf diese Frage bekommt man von den Ausständigen, die auf den Gassen herumstehen, als Antwort das Wort, das während des Krieges von den deutschen Vaterlandsverteidigern am meisten im Munde geführt wurde. Von Gewerkschaftsfunktionären bekommt man ein Achselzucken. Der Fremde bekommt hier das Gefühl, daß der Glaube an einen Erfolg der Überredung oder der Mahnung an die Vernunft verteuft gering ist, aber auch, daß die Gewaltmaßnahmen der Obrigkeit versagen müssen. Die Zeitungen Belgiens sind seit Wochen gefüllt mit Berichten von Prozessen und Verurteilungen von Streikenden, die irgend etwas versüßt

haben sollen. Die Verurteilten kommen ins Gefängnis. Schlimm, gewiß, aber immerhin genug zu essen, was in der kapitalistischen Freiheit lange nicht mehr der Fall ist. Das Strafgesetz versagt, und so müssen die andern Gewaltmaßnahmen versagen, solange nicht der Grund des Ausstandes, das Elend, der Hungerlohn bis zu einem gewissen Grade beseitigt ist.

Im Brüsseler Peuple wurden kürzlich Tag für Tag die Lohnsätze von den verschiedenen Gruppen des Kohlenbergbaues veröffentlicht. Die Veröffentlichungen gestatten zu sagen, daß seit anderthalb Jahren die Lohnsätze um 25, selbst um 40 vH abgebaut worden sind. Nicht nur das. Gleichzeitig wurden Feierschichten eingelegt oder das Krümpersystem eingeführt, so daß neben der allgemeinen Lohnkürzung noch eine durch Kurzarbeit kommt. Zwar sind auch die Lebensmittelkosten herabgegangen, aber bei weitem nicht so viel, als der Verdienst. Und nun sollte der Lohn abermals gekürzt werden und die Unterstützung der Arbeitslosen dazu, außerdem sollte eine Brotsteuer in Kraft treten. Das brachte das Maß des Elends zum Überlaufen.

Mehr Lohn und mehr Arbeitslosenunterstützung! Ohnedem ist an eine Lösung dieses beispiellosen Konflikts schwerlich zu denken. Regierung und Unternehmer haben sich zwar schon zu Konzessionen verstehen müssen, wodurch der Ausstand in den andern Industrien beendet werden konnte. Die Bergleute aber kreuzen weiter die Arme. Sie wissen warum. Sie wollen eben nicht einsehen, daß sie verhungern sollen, damit die Schlotbarone, zumal Bankiers, die in Paris und Brüssel sitzen, eine ungeschwächte „angemessene Rente“ beziehen können.

Zu Beginn des Ausstandes war, wie gesagt, der kommunistische Einfluß in den Kohlenbezirken wie in ganz Belgien

herzlich gering. Das scheint, wenn man den verschiedenen Zeitungsberichten trauen darf, inzwischen anders geworden zu sein. Hunger und Verzweiflung sind eben auch hier Moskaus beste Agitatoren. Andererseits bemühen sich die Gewerkschaften außerordentlich, die Zügel der Bewegung in die Hände zu bekommen. Sie glauben die Anstrengung verdoppeln zu müssen, damit dieser heldenhafte Kampf der Arbeiterschaft mit dem Kapital zum Nutzen der ersteren ausgeht.

Freilich, alle Anstrengung wird wenig nützen, wenn nicht ein halbwegs auskömmlicher Lohn und bessere Arbeitslosenunterstützung gewährt werden. Ohnedem ist schwerlich an eine Rückkehr zur Arbeit zu denken, eher schon an das abermalige Überspringen des Ausstandes auf andre Industrien, auf das ganze Land. Dagegen werden alle Maßregeln einer hohen Obrigkeit nichts auszurichten vermögen. Das Elend der arbeitenden Masse hat eben einen solchen Grad erreicht, daß es zur unbeschwörbaren Gefahr für die kapitalistische Gesellschaft geworden ist. Deren Würdenträger und Nutznießer in Belgien und auch anderswo lassen nichts sehen, was anzunehmen gestattet, daß sie die Flammenschrift verstanden. Sie deuten sie genau so, wie vor zweitausend Jahren die Würdenträger, Weissager und Zeichendeuter des Königs Belshazzar — — —

Die Wiederaufnahme der Arbeit wurde, wie wir dem „Peuple“ vom 9. September entnehmen, vom Ausschuß der Zentraleitung des Bergarbeiter-Verbandes am 8. September beschlossen. Der Ausschuß habe, wie der Peuple weiter berichtet, Kenntnis genommen von der zustande gekommenen Verständigung der gemischten Kommission des Bergbaues. Infolgedessen und in Übereinstimmung mit dem Kongreßbeschlusse vom 4. September erklärte der Ausschuß den Streik als beendet. Er verpflichtet die Bergleute, gemeinsam und geordnet zur Arbeit zurückzukehren; außerdem ladet er sie ein, ihre Organisationen zu stärken, deren Macht und Einfluß eindrucksvoll dargetan worden sei. — Inwieweit die Bergleute diesem Beschluß schon nachgekommen sind, läßt sich zur Stunde noch nicht beurteilen.

# Der Bundesausschuß zur Notverordnung

Der Bundesausschuß des ADGB versammelte sich am 9. September 1932 in Berlin zu seiner 9. Sitzung. Theodor Leipart eröffnete die Beratungen mit einem Hinweis auf die Bedeutung der Stunde und der Aufgabe dieser Tagung. Im Wahlkampf habe die Arbeiterbewegung sich trefflich behauptet. Aber wie damals vorausgesagt wurde, waren die Kämpfe, welche die Bewegung zu bestehen hat, mit der Wahlbewegung und dem Tage der Wahl nicht abgeschlossen. Die Ereignisse überstürzten sich. Täglich stehen die Gewerkschaften vor neuen Aufgaben, die wachsende Anstrengungen zur Wahrung der Interessen der Arbeiterschaft erfordern. Die vordringlichste Pflicht aller tätigen Menschen in der Bewegung sei es, die Einheit der Organisationen unter allen Umständen gegen alle Angriffe und Gefahren sicherzustellen. Gegenwärtig gäbe eine vielfach lächerliche Soldatenspielerlei dem öffentlichen Leben weithin das Gepräge. Sie werde zwar vom Auslande oftmals in ihrer Bedeutung überschätzt, aber ihre bürgerkriegsähnlichen Auswirkungen schädigen doch das nationale Ansehen Deutschlands in der Welt. Gegenüber gewissen Erscheinungen in der internationalen Politik, die auf eine Zuspitzung der nationalen Gegensätze hindeuten, erkläre er, Leipart, daß die deutsche Arbeiterbewegung an der Parole festhalte: Nie wieder Krieg! Die deutschen Gewerkschaften bekämpfen alle Aufrüstungsbestrebungen. Sie fordern die Abrüstung, aber sie treten im Inlande wie durch ihre internationalen Beziehungen ein für das Recht Deutschlands auf volle Gleichberechtigung neben allen anderen Nationen.

Im weiteren Verlauf seines Berichts ging Leipart ein auf Gerüchte und Behauptungen, nach denen zwischen den Gewerkschaften einerseits und Abgesandten der Nationalsozialisten sowie Mitgliedern des Reichskabinetts andererseits Verhandlungen stattgefunden hätten mit dem Ziel einer Umbildung oder Neubildung der Regierung und der „Tolerierung“ einer neuen Regierung durch die Gewerkschaften. Leipart wiederholte mit Nachdruck die bereits früher abgegebene Erklärung der Bundesleitung, daß an diesen Behauptungen kein Wort wahr sei. Dagegen werden die Gewerkschaften auch bei der gegenwärtigen Regierung ihren Einfluß auszuüben versuchen, um das Interesse der Arbeiter gegenüber allen Maßnahmen zu vertreten, die in den Aufgabenkreis der Gewerkschaften fallen.

## Widersinnigkeiten der Verordnung

Eggert gibt dann einen Überblick über den Papen-Plan und seine Tendenzen. Der Plan der Regierung beruht auf der Annahme einer bald zu erwartenden weltwirtschaftlichen Besserung. Diese Annahme ist bisher nicht durch unzweideutige, deutlich sichtbare Tatsachen begründet. Der Plan geht ferner davon aus, daß große Arbeitsmöglichkeiten am Produktionsapparat der deutschen Wirtschaft, große Mengen Reparaturen usw. vorhanden seien. Diese Annahme sei erst recht unzutreffend. Der Produktionsapparat übersteige bei weitem die Konsummöglichkeit in der Gegenwart. Er sei sogar in dem Konjunkturjahr 1929 nur um 75 vH ausgenutzt worden. Eggert bespricht eingehend die Steueranrechnungsscheine. Nach Lage der Dinge sei anzunehmen, daß die Steueranrechnungsscheine in weitem Ausmaße zur Zahlung der Steuern verwendet werden. In welchem Umfange dabei Arbeitsbeschaffung herbeigeführt werden soll, bleibe das Geheimnis der Reichsregierung.

Als Widersinn der Verordnung sei zu erwähnen, daß auf der einen Seite die Steueranrechnungsscheine die Wirtschaft in Gang setzen sollen, während gleichzeitig die Lohnsenkung eine Verringerung der Massenkaufkraft mit sich bringt. Der Arbeitsbeschaffungsplan der Regierung bewirke das Gegenteil dessen, was der Plan der Gewerkschaften und der Krisenkongreß forderten. Der deutsche Produktionsindex zeige 54 vH gegenüber der Produktion von 1928. Und bei dieser Tatsache wolle die Regierung den Ausbau des Produktionsapparates finanzieren, der heute nur zur Hälfte genützt wird.

Spliedt berichtet über die Besprechungen von Bundesvertretern mit dem Reichsarbeitsminister am 8. September. Wenn die Regierung behauptet, das Ziel ihrer Maßnahmen sei, Arbeitslose unterzubringen, so sei dem erwidert worden, dieses Ziel sei auch das unsrige. Aber der Weg, den zu seiner Erreichung die Regierung einschlägt, sei falsch, sei katastrophal. Was auf diesem Wege erreicht wird, sei eine weitere Schrumpfung des Binnenmarktes und damit noch mehr Arbeitslosigkeit. Das müsse mit aller Deutlichkeit festgestellt werden. Womöglich noch schlimmer als der erste, sei der zweite Teil der Verordnung, der die Senkung des Tariflohnes in „gefährdeten Betrieben“ gestattet. Es sei zu befürchten, daß gerade diese Bestimmung zu allgemeinen Lohnkürzungen ausgenutzt werden würde. Vom Arbeitsministerium wird die Zumutung gestellt, die Gewerkschaften sollten von sich aus künftig in Tarifbestimmungen einwilligen, die eine Kürzung der Lohnsätze vorsehen, wenn ein Betrieb gefährdet ist. Es sei keine Frage, daß dieser Weg von den Gewerkschaften auf das entschiedenste abgelehnt werden muß.

Clemens Nörpel gab dem Bundesausschuß eine Darstellung der arbeitsrechtlichen Fragen und Wirkungen, die sich aus der Notverordnung ergeben. Es ist eine ganz neue Sach-

lage eingetreten, nämlich der Zustand völliger Auflösung aller Vertragsgrundsätze, vor dem alle ehrlichen Anhänger des kollektiven Arbeitsrechts die Regierung stets gewarnt haben.

Die Beseitigung der Unabdingbarkeit hält Nörpel für verfassungswidrig. Er legt dar, daß er sich mit dieser Auffassung in Übereinstimmung befindet mit den Universitätsprofessoren Sinzheimer, Nipperdey und Dersch. Es würden also Arbeiter, denen vom Tariflohn Abzüge gemacht werden, den vollen Tariflohn einklagen können. Eine solche Klage würde zugleich zur Nachprüfung der Verfassungsmäßigkeit der Bestimmungen der Notverordnung führen. Eine derartige Klage kann weiterhin aber auch auf eine Überschreitung der der Reichsregierung übertragenen Befugnisse gestützt werden.

Im Gegensatz zur Notverordnung vom 8. Dezember 1931, durch welche die Tarifparteien verpflichtet wurden, die Löhne zu kürzen, ist diesmal dem Arbeitgeber nur das Recht zur Kürzung zugesprochen worden. In der Notverordnung besteht nach § 1 die „Berechtigung“, nach § 7 die „Ermächtigung“ zur Kürzung der Löhne. Der Arbeitgeber kann also die Löhne kürzen, er muß es aber nicht. Eine etwa mit der Gewerkschaft getroffene Vereinbarung, daß kein Abzug vorzunehmen ist, würde den Arbeitgeber binden. Der Arbeitgeber hat auch nur ein einmaliges Recht zur einseitigen Kürzung, es sei denn, daß neue Verhältnisse eintreten, durch die er das Recht zur einmaligen Kürzung von neuem erwerben würde. Zahlt der Arbeitgeber ausdrücklich oder stillschweigend die bisherigen Löhne weiter, obwohl die Voraussetzungen nach der Notverordnung zur Inanspruchnahme des Rechts auf Lohnkürzung vorliegen, oder nimmt er nur einen teilweisen Abzug vor, so tritt eine Verwirkung des Rechts ein.

## Von der tariflichen Wirkung

In der Ausführungsverordnung wird ausnahmslos von den „jeweiligen tarifvertraglichen Lohnsätzen“ gesprochen. Was es damit auf sich hat, erläuterte Nörpel an folgenden Beispielen:

Beträgt der Tarifstundenlohn 80 Pf., der im Betrieb tatsächlich zu zahlende Lohn aber 100 Pf., so sind 20 Pf. davon übertariflicher Lohn. Bei der Berechnung eines Abzuges von 10 vH darf also nur von 80 Pf. abgezogen werden, so daß der Abzug 8 Pf. beträgt. Es verbleiben somit 72 Pf. an Tariflohn, zu denen 20 Pf. übertariflicher Lohn treten. Der neue Lohn ergibt mithin 92 Pf. gegen 100 Pf. des früheren Lohnes.

Auf die Akkordlöhne hat die Ermächtigung keinen unmittelbaren Einfluß, denn da fast alle Tarifverträge nur bestimmen, daß bei Akkordarbeit 15 oder 20 oder 25 vH Mehrverdienst zu garantieren ist, kann sich nur die Akkordbasis ermäßigen. Beträgt also der Tariflohn 80 Pf. und sinkt er nach dem Abzug von 10 vH auf 72 Pf., dann hat der Arbeitgeber nur das Recht, den garantierten Akkord-Überverdienst nunmehr auf 72 Pf. aufzubauen. Tatsächliche Kürzungen des Akkordverdienstes wären nur durch Änderung der Arbeitsverhältnisse möglich. Will der Arbeitgeber übertarifliche Löhne oder tatsächliche Akkordverdienste abbauen, weigert sich aber die Belegschaft, hierauf einzugehen und sperrt der Arbeitgeber deshalb aus, so kann die Gewerkschaft die Ausgesperrten unterstützen, weil es sich um einen reinen Abwehrkampf handelt. Das Reichsarbeitsgericht hat in solchen Fällen wiederholt in diesem Sinne entschieden. Die Berechtigung der Arbeitgeber zur Lohnherabsetzung und die Ermächtigung des Schlichters hierzu auf Grund der Notverordnung hat in keinem Falle tarifliche Wirkung. Sie wird nicht Inhalt der Tarifverträge. Die Notverordnung verpflichtet nicht die Tarifparteien zur Tariflohnherabsetzung, sondern sie berechtigt oder ermächtigt nur den Arbeitgeber dazu. Keine gewerkschaftliche Organisation ist daher bei solchen Maßnahmen an die Friedens- und Durchführungspflicht gebunden. Jede Gewerkschaft hat es nur mit dem Arbeitgeberverband oder mit dem Arbeitgeber als Tarifpartei zu tun. Jede Gewerkschaft kann vom Arbeitgeberverband oder vom Arbeitgeber als Tarifpartei Bezahlung der Tariflöhne verlangen. Das schuldrechtliche Verhältnis der Tarifparteien, wie es schon immer bestanden hat, ist durch die Verordnung nicht geändert. Geändert wurde nur die normative Wirkung der Tarifverträge. Es bleibt dabei, daß die Gewerkschaft auf die Durchführung des Tarifvertrages in vollem Umfange dringen kann.

## Die Aussprache

In der anschließenden Aussprache wurde die Erörterung der rechtlichen und tatsächlichen Wirkungen der Notverordnung auf Grund der vorgetragenen Referate fortgesetzt und bis in die Einzelheiten hinein verfolgt. Sowohl die taktische Lage wie die rechtliche und tatsächliche Wirkung der Bestimmungen sind von Beruf zu Beruf wie von Verband zu Verband verschieden, je nach der Verschiedenheit des Charakters und des Inhalts der geltenden Tarifverträge. Auch ist die „Gefährdung“ eines Betriebes, die nach der Notverordnung zu Lohnsenkungen führen kann, in den einzelnen Industriezweigen an sehr verschiedene Merkmale geknüpft. Und so verschieden die Situation

Fortsetzung auf der nächsten Seite.

# Der Bundesausschuß zur Notverordnung

Fortsetzung von Seite 233.

für die Arbeiterschaft bei der Anwendung der Notverordnung ist, so verschieden werden die Entschlüsse sein, die von den Verbänden gefaßt werden müssen. Alle diese Betrachtungen einzelner praktischer Verhältnisse führten in der Aussprache immer wieder zur

## Enthüllung des vollkommenen Widersinns

der Bestimmungen der Notverordnung und zu der entschiedenen Ablehnung dieses Gebildes in seiner Gesamtheit. In dieser Ablehnung waren sich alle Redner einig. Und von dieser Grundeinstellung aus beteiligten sich alle Redner an der Untersuchung der rechtlichen und taktischen Möglichkeiten des Widerstandes gegen die lohnpolitischen Auswirkungen der Notverordnung.

Auf Grund der Erfahrungen wurde auch die Frage erwogen, ob diese Notverordnung nicht dazu anreizen muß, in vielen Fällen im Interesse der Arbeiterschaft gänzlich auf Tarifverträge zu verzichten. Denn darüber bestünde, wurde dargelegt, kein Zweifel, daß die Gewerkschaften auch in dem dann ausbrechenden gewerblichen Kleinkrieg mit Hilfe der vorbildlichen Disziplin ihrer Mitglieder ihre Aufgabe erfüllen können. Es wurde ferner darauf hingewiesen,

daß bei ständig weitersinkenden Löhnen und entsprechender Verschlechterung der Ernährungslage der arbeitenden Bevölkerung auch das Absinken der Arbeitsleistung sich gar nicht werde verhindern lassen. Die Grenze, bei der der Lohn als Lebensgrundlage des Arbeiters und seiner Familie noch in einem gerechten Verhältnis zu der beanspruchten Arbeitsleistung steht, ist durch das Niveau des Lohnes weit unterschritten.

Ist das Wirtschaftsprogramm der Regierung in wirtschaftlicher Beziehung widersinnig, so ist es in seinen sozialpolitischen Attacken äußerst raffiniert. Es enthält nicht nur eine ganze Reihe von Lohnkürzungsmöglichkeiten; sondern auch den Versuch, die Arbeiter in sich zu spalten durch einen Interessengegensatz zwischen den Beschäftigten und den Beschäftigungssuchenden. Auf diese Gefahr müsse draußen im Lande überall hingewiesen werden.

Selbst bei einem Wiederaufschwung in der Weltwirtschaft werde der deutsche Anteil an diesem Wiederaufschwung durch diese Notverordnung nur behindert werden. Das gelte es der Öffentlichkeit mit aller Deutlichkeit vor Augen zu führen; gegen das Programm der Regierung müsse das eigene wirtschaftliche Programm der Gewerkschaften mit aller Kraft herausgestellt werden.

Kollege Leipart faßte dann das Ergebnis der Beratungen zusammen, was schon vorige Woche hier mitgeteilt wurde.

Mit fettigem Schmutz an Zeug und Händen räumt

# GEG-Pressantseife

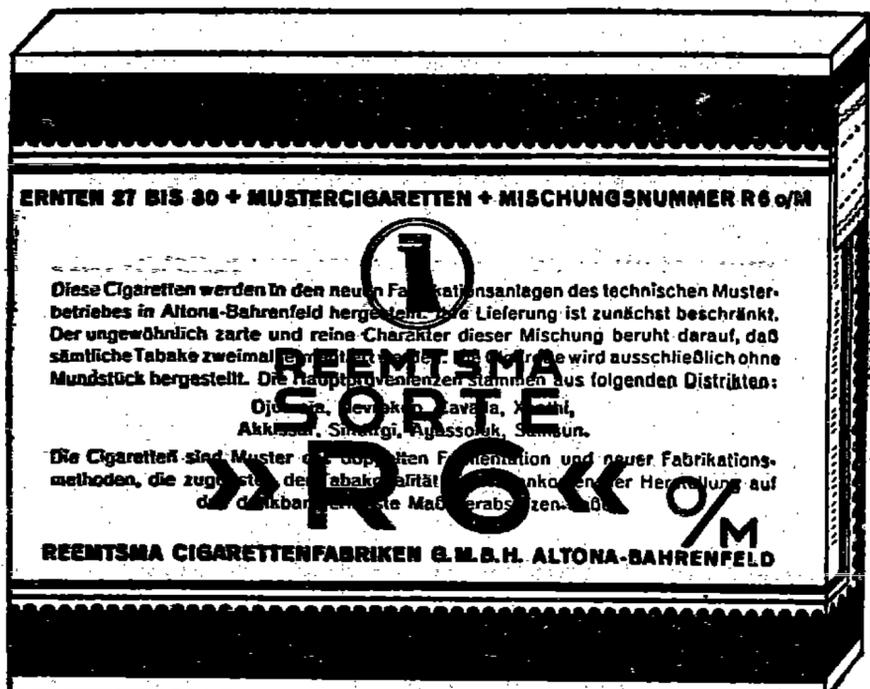
spielend auf. Sie enthält ein wirksames Schmutzlösemittel



Nur aus Ihrem Konsumverein

# Doppelt fermentiert

also zweimaliger Läuterungsprozeß aller Tabake!



ERNTEN 27 BIS 30 + MUSTERCIGARETTEN + MISCHUNGSNUMMER R6 o/M

Diese Cigaretten werden in den neuen Fabrikationsanlagen des technischen Musterbetriebes in Altona-Bahrenfeld hergestellt. Die Lieferung ist zunächst beschränkt. Der ungewöhnlich zarte und reine Charakter dieser Mischung beruht darauf, daß sämtliche Tabake zweimalig fermentiert wurden. Die Mischung wird ausschließlich ohne Mundstück hergestellt. Die Hauptprovenienzen stammen aus folgenden Distrikten:

Ojoc, Nevada, Java, Xanthi, Akkara, Singgi, Agassok, Samsun.

Die Cigaretten sind Muster der besten Fermentation und neuer Fabrikationsmethoden, die zugunsten der Tabakqualität und der Heranbildung auf den denkbar besten Maßstab abgestimmt sind.

REEMTSMA CIGARETTENFABRIKEN G.M.B.H. ALTONA-BAHRENFELD

» R6 « %M

48

REEMTSMA  
SORTE  
» R6 « %M

## Wichtige Neuerscheinung!

# Die deutsche Grobeisenindustrie

Darstellung ihrer Organisation nebst einem Grundriß für ihre Neuordnung

Die Schrift ist mit zahlreichen Schaubildern ausgestattet 68 Seiten Gr. 4°

Preis für Verbandsmitglieder 1.80 RM, Ladenpreis 4 RM

Verlagsgesellschaft des DMV GmbH  
Berlin SW 68, Alte Jakobstraße 148-155

## Bücher und Broschüren aller Art

liefert zu verbilligten Preisen durch die Verwaltungsstellen unseres Verbandes

Verlagsgesellschaft des DMV GmbH - Berlin SW 68

### Arbeitsanzüge



MEPHERICO  
WÜRZBURG 104



Tuche

### Billige böhmische Bettfedern



Bettfedern

### Großer Preiswettbewerb Billige böhmische Bettfedern!



Bettfedern

### Kauft bei den Inserenten

unseres Blattes



## Gewaltige Mengen Waren werden enorm billig erworben!

Deshalb jetzt diese wüßhaften Preise!

Wird durch das jetzt möglich, wenn die Fabrik mit höheren Preisen arbeitet. Deshalb ist es in Ihrem Interesse sofort.

Wichtig zu jedem Käufer von jedem Artikel 60 bis 80 Liter bzw. 60 bis 80 Dutzend oder 20 Cdt. Bitte Menge an Kleinverpackungen.

- Spezialmehl 1. Klasse 15
- Spezialmehl 2. Klasse 21
- Spezialmehl 3. Klasse 23

- Weißes Semdentuch 17
- Weißes Semdentuch 23
- Weißes Semdentuch 27
- Semdenflanel 26
- Semdenjerse 26
- Sakentücher 50
- Wäscheblätter 50
- Stoffschonblätter 29
- Spezialmehl 1. Klasse 15
- Spezialmehl 2. Klasse 21
- Spezialmehl 3. Klasse 23